Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 811.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 19. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Amtliches.

Berlin, 17. November. Der König hat den außerord. Prof. an der med. Fakultät zu Bonn Dr. Finkelnburg zum Medizinal-Rath ernannt.

Die Reg.-Ass. Dieterich zu Thorn und Rißmann in Stralsund sind zu Mitgliedern der Provinzial-Steuer-Direktionen zu Altona beziehungsweise Kassel ernannt, der Med.-Rath, außerord. Prof. Dr. Finkelnburg zu Bonn ist dem Med.-Kolleg. der Rheinprovinz überwiesen, der ord. Lehrer Dr. Hugo Wachendorf am Matthias-Gymnasium in Breslau zum Oberlehrer befördert, der prakt. Arzt Dr. Prigge zu Kirchen zum Kreis-Wundarzt des Kreises Altenkirchen ernannt worden.

Die letzten Ereignisse auf dem spanischen Kriegsschauplatze.

Die wahre Kunst des Strategen besteht bekanntlich darin, nicht allein einen Sieg zu erringen, sondern denselben auch so gut als möglich auszunützen. Daß unsere preußischen, resp. deutschen Heerführer ihre Pläne stets nach diesem Prinzipe einzurichten wußten, hat nächst der großen Schlagfertigkeit und taktischen Ausbildung unserer einzelnen Truppentheile am meisten zur Erlangung der grandiosen Triumphe der deutschen Waffen beigetragen.

Anders in Spanien.

Die republikanischen Generale haben es schon einige Male verstanden, recht ansehnliche Vortheile über die Carlisten zu gewinnen, letztere sogar vollständig nieder zu werfen, nie aber ist es ihnen gelungen, den errungenen Sieg so zu verfolgen, daß es dem Carlismus vollständig unmöglich geworden wäre, sein Haupt wieder zu erheben.

Als vor wenig Tagen die Nachricht von der Entsetzung Irun's durch die Generale Loma und Laserna eintraf, sprachen wir in Erwägung früherer Vorkommnisse sofort unsere Zweifel aus, ob dieser Erfolg der Republikaner eine entscheidende Wendung der Dinge hervorrufen würde, da die republikanischen Truppen es nicht vermocht hatten, den Carlisten den Weg in's Gebirge abzuschneiden, oder aber sie zum Uebertritt auf französisches Gebiet zu zwingen. Daß Laserna die Verfolgung des in das zerklüftete, wilde Terrain der Pyrenäen retirirenden Feindes aufgab, möchten wir ihm wahrlich nicht zum Vorwurf machen, wohl aber ist der General in sofern einer groben strategischen Unterlassungssünde zu zeihen, als er seine Operationen gegen Irun begonnen hat, bevor seine Vorbereitungen zum Abschneiden der Carlisten von den Pyrenäenpässen vollendet waren. Man hat dem Wolfe wohl das Lamm entrissen, denselben aber weder eingefangen, noch todtgeschlagen. Hierin liegt die Ungeschicklichkeit.

Der neuerdings gemeldete **Rückzug** der Regierungstruppen aber ist durchaus anders zu beurtheilen, als die bloße Sistirung der Verfolgung des Feindes in die Berge. Die Ordre für den Rückmarsch des siegreichen Corps Laserna ist selbstverständlich von Madrid ausgegangen und es werden hoffentlich die allerernstesten Motive gewesen sein, welche diese, für die gänzliche Niederwerfung des Carlistenaufstandes so ungünstige Maßregel hervorgerufen haben. Bestimmtes verlautet bis jetzt noch nicht hierüber, wir müssen uns daher begnügen, einfach die Gerüchte zu registriren, welche zur Erklärung dieses seltsamen Schrittes der madrider Regierung in der Presse auftauchen und von einer bevorstehenden kommunistischen Erhebung in Madrid, von einem Bedrohtsein der Ebrolinie u. s. w. zu erzählen wissen. Erstere Nachricht auf sich beruhen lassend, bemerken wir zu der letzteren, daß dieselbe uns sehr unwahrscheinlich erscheinen will, denn welche der zerstreuten Carlistenabtheilungen sollte es wagen, die Ebrolinie anzugreifen, wo General Vieltain mit 8000 M. Infanterie und 1500 Pferden aufgestellt ist? Wir wüßten keine zu nennen. Vieltain deckt längs des Ebrostromes mit der Front gegen Norden die ganze Linie von Logrono, la Guardia, Cenifero, Haro, Miranda bis Medina. General Villegas befindet sich mit einer starken Kolonne in Burgos und Moriones mit 15,000 Mann in der Gegend von Tafalla über St. Sanguessa bis Lumbia, mit der Front gegen Westen.

Daß die Abberufung des Laserna'schen Corps aus zwingenden strategischen Rücksichten erfolgt ist, will uns somit als ziemlich fraglich erscheinen, zumal man überdies in Madrid die Stimmung in der Armee zu genau kennt, um nicht zu wissen, welche Unzufriedenheit diese Ordre sowohl in den Reihen der Offiziere, als in denen der Soldaten hervorrufen mußte. Noch am vorigen Freitage (13. d. M.) war die carlistische Armee in vollem Rückzuge begriffen und an diesem Tage wäre es vielleicht noch möglich gewesen, dieselbe von ihrer Rückzugslinie ins Gebirge abzudrängen. Don Carlos war mit Elio auf Vera zurückgegangen, während Mogrovejo in der Richtung auf Andoain abmarschirt war, um Estella decken zu helfen. Elio aber hatte sich mit circa 12 Bataillonen auf die Straße von Enderlaza begeben, um die Verbindung mit den carlistischen Magazinen in Vera aufrecht zu erhalten, da die dortigen Etablissements schleunigst evacuirt werden sollten. Bei dieser für ein Gefecht so ungünstigen zerstreuten Stellung der Carlisten wäre es mit etwas Energie wohl möglich gewesen, Vera zu nehmen und diesen für die Carlisten so wichtigen Fabrikations- und Etappenplatz zu zerstören. Da aber traf bereits jene unglückselige madrider Ordre ein, deren Ursprung uns vorläufig dunkel bleibt.

Augenblicklich scheint Ruhe auf dem spanischen Kriegsschauplatze zu herrschen.

H.

Deutschland.

Berlin, 17. November.

— Den elsaß-lothringischen Abgeordneten scheint es fast leid zu thun, daß ihr sachliches Auftreten im Reichstage einer so wohlwollenden Zustimmung begegnet ist und sie suchen nun die Wage der Sympathie für sich wieder nach der Seite ihrer elsässischen Mandanten sinken zu machen, durch welches Schwanken freilich vielleicht am besten die unklare Stimmung gekennzeichnet wird, in welcher sich die reichsländische Bevölkerung zur Zeit der deutschen Regierung gegenüber noch befindet. Die Abgeordneten Guerber und Simonis haben, unterstützt von einer Anzahl von Mitgliedern des Zentrums, bei dem Reichstage einen Antrag dahin eingebracht, das für Elsaß-Lothringen im Jahre 1873 oktroyirte Schulgesetz mit den dazu gehörigen Regulativen aufzuheben. Der Antrag bildet ein formulirtes Gesetz von zwei Paragraphen nebst Motiven. Das Schulgesetz, dessen Aufhebung die Herren wünschen, stellt einfach die Schulen in den Reichslanden unter die Staatsaufsicht und hebt die bisherige französische Schulbehörde auf, in welcher die Bischöfe ihren Sitz hatten und der Einfluß der Geistlichkeit vorwog. An der Hand des oktroyirten Gesetzes haben mehrere Schulen und Gymnasien wegen mangelnder Qualifikation der Lehrer aufgelöst werden müssen und es wird dies den Gegenstand der Beschwerde der Abgeordneten bilden. An eine Annahme ihres Antrages ist selbstverständlich nicht zu denken.

— [Obertribunalsbeschlüsse.] Nach einem Obertribunals-Erkenntniß vom 26. Oktober muß die in § 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 erforderte Benennung der Kandidaten für ein geistliches Amt an den Oberpräsidenten als solchen gerichtet werden. Es genügt daher nicht, wenn die Absicht, die Kandidaten anzustellen, in einem an das Provinzial-Schulkollegium gerichteten Schreiben erwähnt worden ist und der Oberpräsident in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Provinzial-Schulkollegiums von dieser Mittheilung Kenntniß erlangt hat. — Das Obertribunal hat angenommen, daß die Behauptung, in der bloßen Abbildung menschlicher Körpertheile allein könne niemals eine unzüchtige Darstellung gefunden werden, — unbegründet sei. Im einzelnen Falle komme es darauf an, festzustellen, ob eine solche Nachbildung als ein Produkt künstlerischer Thätigkeit einen reinen Kunstgenuß zu befriedigen geeignet oder zu wissenschaftlichen Zwecken bestimmt sei, oder ob sie im Gegentheil vorwiegend oder ausschließlich bestimmt und geeignet sei, die niederen Triebe der Anschauenden zu wecken.

— [Personalien.] Der bisher als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern beschäftigt gewesene Landrath v. Brauchitsch ist zum vortragenden Rath in demselben Ministerium ernannt worden. — Wie es heißt, soll gegen den Vorsitzenden der gnadauer Konferenz, Superintendenten Clasen, nun in der That die Disziplinar-Untersuchung eingeleitet worden sein.

— Vom Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist dem zur XX. Sitzungs-Periode versammelten Landes-Oekonomie-Kollegium folgende Vorlage zugegangen:

Das Landes-Oekonomie-Kollegium als Zentralstelle der landwirthschaftlichen Technik und Spitze des landwirthschaftlichen Vereinswesens der Monarchie (§ 1 des revidirten Regulativs vom 24. Mai 1870) ist vorzugsweise dazu berufen, den Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten bei legislatorischen wie administrativen Maßnahmen durch die Unterbreitung thatsächlichen Materials und Ertheilung sachverständigen Rathes nach der wirthschaftlichen und technischen Seite zu unterstützen. Wirksam und lebendig wird diese Thätigkeit sich nur gestalten können, sofern derselben Formen geboten werden, geeignet, einerseits für diejenige rasche und konzentrische Bewegung, welche nothwendig ist, um die Vorgänger auf dem gesammtwirthschaftlichen Gebiete begleiten zu können, andererseits für eine in nach Individualität und Neigung getheilter Arbeit erfolgende und fortdauernde Bethätigung sämmtlicher Mitglieder des Kollegiums. Die Art der Verhandlungen in dem Plenum einer zahlreichen Körperschaft, welche sich nur nach langen Zwischenräumen versammelt, stellt der Erfüllung dieser Aufgabe nicht unerhebliche Schwierigkeiten entgegen. Auch die Vorberathung durch den ständigen Ausschuß (§ 7 alinea 1 und 2) entspricht nicht vollkommen jenen Anforderungen, weil hierbei — trotz einer immerhin großen Zahl Verhandelnder — eine bei Weitem größere Mitgliederzahl von eingehender Arbeit ausgeschlossen bleibt, und die Voraussetzung, daß sich Mitglieder des Kollegiums finden lassen, welche in allen Zweigen des höchst umfassenden Berathungsgebietes gleich bewandert, gleich befähigt und gleich arbeitsbereit wären, schwerlich als eine zutreffende wird angesehen werden können. Dagegen bietet die Bestimmung in Alinea 3 des § 7 a. a. O. die geeignete Handhabe, das Kollegium beweglicher zu gliedern und die wirksamere Entfaltung der in demselben vorhandenen Kräfte zu fördern. Ich mache deshalb von der mir zuständigen Befugniß, besondere Kommissionen für Einzelfragen anzuordnen, Gebrauch, indem ich es dem Kollegium überlasse, durch Wahl mir Kommissarien zu nominiren und zwar für die nachstehenden, mein Ressort in legislatorischer wie administrativer Beziehung zur Zeit beschäftigenden konkreten Angelegenheiten: betreffend

1. Die Ordnung des landwirthschaftlichen Unterrichtswesens und der landwirthschaftlichen Versuchsstationen;
2. Die gesetzliche Regelung des Wasserrechts, sowie das landwirthschaftliche Meliorations-, Küsten-, Schutz-, Deich und Dünenbauwesen;
3. Das Wegebau-, beziehentlich das Verkehrswesen überhaupt im landwirthschaftlichen Interesse;
4. Die Agrargesetzgebung;
5 Die gesetzliche Regelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse und des Ansiedelungswesens;
6. Die gesetzliche Ordnung des Waldschutzes, der Forst- und Feldpolizei, die Förderung der Wald-, Obst- und Wein-Kultur;
7. Die Ordnung des Veterinärwesens;
8. Die Förderung der Landespferdezucht;
9. Die Förderung der Viehzucht;
10. Die Förderung der Fischerei.

Ich bemerke, daß ich den Kreis der in gleicher Weise in Zukunft zu behandelnden Gegenstände hiermit nicht für abgeschlossen erachte, ferner, daß die Designation von Mitgliedern für jede Kommission die Zahl von sechs nicht zu überschreiten haben wird. Eine zu große Zahl von Mitgliedern würde die Erreichung des Zwecks der beabsichtigten Einrichtung vereiteln. Ich behalte mir vor, die betreffenden Kommissionen im Bedürfnißfalle durch Berufung sachverständiger Fachgenossen zu verstärken und hierbei, wo die Nothwendigkeit der Information über besondere Verhältnisse einer nicht vertretenen Provinz dies erfordern sollte, etwa vorhandene Lücken durch Berufung auszufüllen. Die Kommissarien werden zunächst ihr Mandat nicht als ein ständiges, sondern als nur für die konkrete Aufgabe und bis zum nächsten Zusammentritt des Kollegiums ertheiltes anzusehen haben.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich, dem Kollegium unmittelbar nach seinem Zusammentritte in pleno hiervon Kenntniß zu geben und Dasselbe nach den vorstehend ausgeführten Gesichtspunkten zur Bezeichnung der Kommissarien im Wege der Wahl zu veranlassen. Die Beschleunigung der Wahl würde mir deshalb erwünscht sein, weil ich noch während der laufenden Sitzungsperiode des Kollegiums einige Kommissionen in Berathung treten zu lassen beabsichtige.

Berlin, den 10. November 1874.

Der Minister für die landwirthschaftl. Angelegenheiten.

Friedenthal.

An
den Vorsitzenden des Landes-Oekonomie-Kollegiums Herrn von Nathusius
Hochwohlgeboren
hier."

— Der „Zentralverein für die Aufstellung des Denkmals für den Staatsminister Freiherr vom Stein" hat am 15. unter Vorsitz des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke eine Generalversammlung abgehalten, um über den Ort der Aufstellung endgültig Beschluß zu fassen. Das Monument ist in wesentlich vollständiger Ausführung von der Hand des verstorbenen Bildhauers Schievelbein schon seit Jahren vorhanden, es haben sich aber unüberwindliche Schwierigkeiten für den Ort der Aufstellung ergeben. Nach vieljährigen Verhandlungen ist die Aufstellung des Monuments am Dönhofsplatze durch Kabinetsordre vom 26. Mai 1873 Allerhöchst genehmigt worden. Es soll aber nicht, wie früher beabsichtigt war, im Mittelpunkte des Dönhofsplatzes aufgestellt werden (wo es seiner mäßigen Dimensionen wegen im weiten Raume fast verschwinden würde), sondern in der Fluchtlinie der südlichen Häuserreihe der Leipzigerstraße; in der Mitte zwischen der Jerusalemer- und Kommandantenstraße. Nachdem sich der Verein neuerdings in statutenmäßiger Kooptation durch den Grafen v. Moltke, Präsidenten v. Forckenbeck, Dr. v. Roenne und andere angesehene Mitglieder ergänzt hat, haben sich erneute Bedenken gegen diese Aufstellung erhoben, welche zu weiteren Verhandlungen Veranlassung gaben. Im Laufe derselben ist eventuell auch die kaiserliche Genehmigung zu einer Aufstellung des Denkmals auf dem schmalen Platze östlich vom Opernhause in Aussicht gestellt worden. Da bei jetziger Lage der Sache unbedingt nur die Wahl zwischen diesem und dem Dönhofsplatze geblieben ist, so hat sich der Zentralverein nach längerer Berathung einstimmig für die Aufstellung am Dönhofsplatze entschieden. Das dafür bestimmte Projekt der Ministerialbaukommission ist bereits festgestellt. Es kommt dabei der Obelisk und der Springbrunnen des Dönhofsplatzes in Wegfall, an deren Stelle eine geschmackvollere, das Monument in angemessener Weise abschließende halbkreisförmige Anlage tritt. Als ausführende Kommission sind die Herren Generalfeldmarschall Graf v. Moltke, Oberbürgermeister Hobrecht, Wirklicher Geheimrath Dr. Sulzer und Professor Dr. Gneist ernannt, und es ist der Beginn der Arbeiten, der „N.-Z." zufolge, schon für die nächsten Wochen in Aussicht genommen.

— Der „Hamb. Korresp." hat mancherlei Bedenken gegen die vom Bundesrath beschlossene Einführung des Zeichens „M." für Reichsmark. Er sagt:

Wenn der Bundesrath, wie verlautet, damit umgeht, ein allgemeines und eigenes Zeichen für „Reichsmark" einzuführen, so ist das sicherlich eine dankenswerthe Einrichtung; wenn aber derselbe — wie ferner berichtet wird — sich für den Buchstaben M. jetzt schon entschieden hat, so dürfte das zu großer Verwirrung und zu Mißverständnissen führen, denn 20 M. könnte eben so gut 20 Meter wie 20 Mark bedeuten, wobei nicht übersehen werden darf, daß dieser Buchstabe bereits von Behörden, Ingenieuren, Architekten und Eisenbahnen sowie in vielen Handlungen, Läden und im Privat-Publikum schon lange für Meter im täglichen Gebrauche und so zu sagen eingebürgert ist. [Auch dürfte man zur weiteren Begründung möglicher Verwirrung auf die Abkürzungen M. für Mann und Meile, wenn auch letztere im deutschen Reiche kein offizielles Dasein mehr hat, hinweisen] Wenn man bedenkt, daß Deutschland seit der Wiederaufrichtung des Kaiserreiches von der Vorsehung berufen zu sein scheint, eine weit bedeutendere Rolle in der Zukunft und auf längere Zeit in der Weltgeschichte zu spielen, als in seiner früheren Zersplitterung möglich war, so scheint es mir viel richtiger, passender und empfehlenswerther zu sein, für die neue Währung ein neues, arbiträres und originelles Zeichen zu erfinden, welches bald in der Welt eben so gut bekannt und anerkannt sein wird, als die für Pfund Sterling, Dollar, Gulden, Kreuzer, Franken, Thaler, Groschen und andere ähnliche."

Am Sonnabend sind die ersten silbernen Fünfmarkstücke, die in Berlin geprägt worden sind, von der Generalstaatskasse ausgegeben worden. Dasselbe zeigt auf der einen Seite den Reichsadler mit der Umschrift: „Deutsches Reich 1874. Fünf Mark"; die andere Seite den Kopf des Kaisers mit der Umschrift: „Wilhelm Deutscher Kaiser König v. Preußen", darunter das Münzzeichen (von Berlin) A.

München, 14. November. Die Flucht eines Zahlmeisters, Namens Frank, vom 2. Infanterie-Regiment macht hier großes Aufsehen. Wie die „Hoffm. Corr." erfährt, soll derselbe Beträge von 30,000 Fl. unterschlagen und diese Unterschlagungen übrigens schon einige Jahre lang fortgesetzt und durch unrichtige Buchführung, sowie durch Urkunden-Fälschungen in großem Maßstabe ermöglicht haben. Es gelang ihm, die Mitglieder der Kassa-Kommission zur Ausstellung von Blanco-Unterschriften zu bewegen, ein Vertrauen, das er zum Schaden dieser Offiziere in der gröblichsten Weise mißbraucht hat. Frank soll ein leidenschaftlicher Spieler sein.

Schweiz.

Aus Bern wird gemeldet, daß 167 reformirte Geistliche aus fast allen reformirten und paritätischen Kantonen und von allen kirchlichen Richtungen: Reformer, Orthodoxe, Vermittler dem Nationalrath eine Verwahrung gegen die angestrebte, von der Mehrheit des Ständeraths sogar angenommene gesetzliche Ausschließung der sog. Geistlichen von der Führung der Zivilstandsregister eingereicht haben. Sie sagen in dieser Verwahrung:

„Wir können nicht umhin, in einer solchen ausnahmsweisen Behandlung einen Widerspruch, sowohl gegen Art. 4 der Bundesverfassung, als auch gegen unsere wahre bürgerliche Stellung zu erkennen. Wir fühlen uns als freie Söhne unseres lieben Vaterlandes. Wir sind keiner fremden Macht irgendwie verbunden. Wir halten uns vor Verfassung und Gesetz als Bürger und nur als Bürger und als ganze Bürger, wie denn auch für uns ein prinzipieller Unterschied zwischen weltlichem und geistlichem Stande nicht existirt. Wir sprechen darum Ihnen in ganz offener Sprache die Erwartung aus, daß wir in den Bestimmungen des Gesetzes über die Zivilstandsregister, sowie überhaupt in allen Fällen gestellt werden möchten, wie jeder andere Bürger."

Täglich langen, wie der „Bund" sagt, noch neue zahlreiche Zuschriften ein, die ebenfalls den Beitritt zu der Verwahrung erklären.

Frankreich.

Paris, 15. November. Heute um 1 Uhr wurde in der Kirche Saint Augustin eine feierliche Messe mit Musik zu Ehren der Ex-Kaiserin Eugenie, deren Namenstag ist, gefeiert. Eine große Zahl Bonapartisten, an 8000, hatten sich in und um die Kirche eingefunden. In der Kirche fanden ungefähr 4000 Platz. Fast alle Anwesenden waren mit Veilchensträußchen geschmückt, die von einer Unzahl von Blumenverkäuferinnen feilgeboten wurden. Gegen 12 Uhr hatten sich bereits die hervorragenden Persönlichkeiten der bonapartistischen Partei eingefunden, darunter der Ex-Vice-Kaiser Rouher, Welles de la Valette, der frühere Minister des Aeußern, der Herzog von Grammont, der Minister des Aeußern unter dem „Manne mit dem leichten Herzen," Lachaud, Lieblings-Advokat der Ex-Majestät Eugenie und Vertheidiger von Bazaine, Darimont, der mit Emil Ollivier zum Imperialismus übergegangene Republikaner und Freund von Proudhon, Henri de Peene, der Chef-Redakteur des Paris-Journal, welches bekanntlich sich äußerlich septennalistisch zeigt, aber im Geheimen die für seinen Chef-Redakteur so fetten Tage des Kaiserreichs zurückwünscht, de Lydenne, ein junger, zum Kaiserreich bekehrter Journalist, der alle Vertreter der Presse bat, man möge ihn ja in der Liste der Anwesenden aufführen; die Deputirten Galloni d'Istria, die Bourgoing (der kürzlich in der Nievre zum Mitglied der Nationalversammlung gewählte ehemalige Stallmeister des verstorbenen Ex-Kaisers), Haentjens (Schwiegersohn des Marschalls Magnan, der beim Staatsstreich die pariser Armee befehligte), Sens, Levert und der Herzog von Mouchy, der vor acht Tagen in der Oise gewählt wurde, sowie die Journalisten Granier und Paul de Cassagnac, Emil Blavet (vom Gaulois), Duqué de la Fauconnerie (der Direktor des Ordre), Leonce Dupont und Andere. Der Herzog von Padua, der vor vier Wochen in der Seine-et-Oise durchgefallene Candidat, fehlte natürlich auch nicht. Die Damen waren ebenfalls sehr zahlreich vertreten. Sie waren mit Veilchen übersäet. Sie trugen dieselben auf ihren Hüten und ihre Kleider waren vollständig damit bedeckt. Unter der Menge, die sich vor der Kirche befand, herrschte große Begeisterung. Fast Alle sprachen mit Zuversicht von der Rückkehr des chiselhurster Hofes, die nur noch eine Zeitfrage sei. Die Polizei war nur schwach vertreten und zeigte sich den Bonapartisten gegenüber äußerst freundlich und demüthig. Die Messe war um 1½ Uhr zu Ende. Das Ave Maria von Gounod war dort zum Besten gegeben worden. Nach der Messe verlief sich die Menge schnell. Eine größere Anzahl der „Getreuen" eilte aber nach den telegraphischen Bureaux, um Depeschen nach Chiselhurst zu senden. Eine derselben ging von dem bonapartistischen Journal „Ordre" aus und lautet:

„An Ihre Majestät die Kaiserin Eugenie. Chiselhurst. Wir legen zu den Füßen Ihrer Majestät bei Gelegenheit Ihres Namenstages den achtungsvollen Ausdruck unserer Glückwünsche, unserer Hoffnungen und unserer unveränderlichen Treue für Ew. Majestät und Se. Hoheit den kaiserlichen Prinzen.

Duqué de la Fauconnerie."

Die sonst so strenge Telegraphen-Verwaltung ließ die Depesche durchgehen. Doch hielt sie Eine an, nämlich die von Clement Douvernois, den ehemaligen kaiserlichen Minister, der seit vier Tagen vor dem Zuchtpolizeigericht unter der Anklage der Betrügerei steht und dessen Prozeß noch nicht beendet ist. Clement Douvernois entschuldigte sich bei der Ex-Kaiserin, daß er der Feier in der Kirche St. Augustin nicht habe anwohnen können, „da er, wie Ihre Majestät, Unglücksfälle gehabt, und ihn diese daran gehindert hätten." Auch nicht übel!

Der Bischof von Orleans, Herr Dupanloup, hat aus Anlaß der bevorstehenden Wiederöffnung der Nationalversammlung einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er die Gläubigen seiner Diözese zu Gebeten für das Werk der Landesvertretung auffordert. Frankreich, sagt er, sei des himmlischen Schutzes bedürftiger als je. In dem Hirtenbriefe heißt es dann weiter:

„Was uns heutzutage vielleicht am meisten bedroht, ist nicht sowohl die wachsende Verwegenheit der Feinde der Gesellschaft, als unser eigener Zwiespalt. Wir schreiten dem Abgrunde entgegen — wer sieht es nicht? wer fühlt es nicht? Aber welches Verbrechen, auf ihn noch hinzudrängen! Und welches Verbrechen auch, es nicht zu verhindern, wenn man dies kann! Aber nein, da zettelt man Zwietracht an, verbittert die Zerwürfnisse, spaltet unsere Kräfte und die große konservative Partei Frankreichs bietet das jammervolle Schauspiel tiefer Zerrüttung. Man verdächtigt, man beschuldigt, man trennt sich, man bleibt verstockt in Spaltung und Ohnmacht, und in Folge eines unbegreiflichen Taumels und Irrthums schlagen alle Bemühungen, die Einigkeit wieder herzustellen, kläglich fehl. Und während unsere Gegner Alles, was sie spaltet, vergessen und in geschlossenen disziplinirten Massen uns entgegenziehen, ist bei uns die Zwietracht so groß, daß wir beinahe gar nicht mehr den Kampf aufzunehmen wagen. Ist es denn wirklich so schwer zu begreifen, daß es vor Allem und um jeden Preis gilt, nicht etwa eine Partei, sondern Frankreich zu retten, und nicht blos Frankreich, sondern auch die Religion, den heiligen Stuhl, die Kirche? Ist es so schwer, einmal die Meinungsverschiedenheit der Republik fallen zu lassen und sich auf dem Boden zu vereinigen, auf dem wir rechtschaffenen Leute aller Parteien so oft Hand in Hand gegangen sind, auf dem Boden der Vertheidigung der Gesellschaft?"

In dem Berichte des Generals Charenton über das Cadres-Gesetz findet sich die schnurrige Behauptung, daß „in Preußen die Infanterie-Offiziere, da sie fast ausschließlich aus adeligen Familien hervorgehen, mehr Ansehen genießen, als die Offiziere von der Artillerie und vom Genie." Spaßhafter noch ist ein anderer Lapsus, der heut durch die Blätter geht, und sich u. A. auch im „Journal des Débats" befindet. In einem berliner Telegramm, welches das Neueste über die Affaire Arnim meldet, heißt es: „Gestern früh ist Graf Arnim aufs Neue von einem Untersuchungsrichter, Herrn Molkenmarkt, vernommen worden . . ."

Spanien.

Aus Cartagena wird geschrieben, daß den dort residirenden Deutschen auf ihre Reklamationen wegen Entschädigung der während des Bombardements erlittenen Einbußen von der Gesandtschaft in Madrid der Bescheid zugegangen sei, daß die deutschen Reklamationen von der spanischen Regierung denen der Spanier gleichgestellt werden und, da diese mit ihren Ansprüchen bereits abgewiesen wurden, so würden sie also gleichfalls auf irgend welche Vergütung zu verzichten haben. Dagegen sind alle Ansprüche, die auf Wegnahme von Gütern von den seiner Zeit in Valencia gekaperten Dampfern begründet waren und die zum großen Theil sich gar nicht auf deutsches Eigenthum bezogen, sondern Güter betrafen, die zufällig an Deutsche oder von Deutschen an Spanier adressirt, und spanisches Eigenthum waren, bezahlt worden und haben zu der irrthümlichen Annahme Grund gegeben, die auch durch viele Zeitungen gegangen ist, als ob die Ansprüche der Deutschen in Cartagena anerkannt und bezahlt worden seien.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 17. November, 11 Uhr. Abg. Richter (Hagen): Die Gegner der Reichsbank, zu denen ich gehöre, haben in dieser Debatte einen schweren Stand. Wir befinden uns in einer stark zentralistischen Strömung; aber gerade weil diese so stark ist, sollte man sich ihr doch nicht so kritiklos hingeben, das könnte für die Weiterentwickelung unserer Zustände sehr verhängnißvoll werden. Wenn das allgemein werden sollte, daß man eine Institution schon darum verwirft, weil sie sich nicht an das Reich anlehnt und wie das gestern von Herrn Bamberger geschah, jede Institution unbesehen annehmen will, die unter der Firma des Reichs sich bei uns einführt, dann sind wir in der That nicht mehr fern davon, daß sich der Reichsenthusiasmus in einen Reichsfanatismus verwandelt. In einer solchen Stimmung ist man denn ja auch glücklich schon soweit gediehen, daß selbst das Alterego des Reichskanzlers, sein nächster Vertrauensmann in der preußischen Regierung kaum dem Schicksal entgehen konnte, als ein verschämter Partikularist, um nicht zu sagen: als Reichsfeind angesehen zu werden. (Heiterkeit.) Ja selbst das Reichskanzleramt kommt halbwegs in den Verdacht. Hat nicht Herr Bamberger gestern mit einem Appell an den Reichskanzler geschlossen, er möge doch zusehen, daß der Präsident des Reichskanzleramtes im Bunde mit dem preußischen Finanzminister nicht die nationale Politik durchkreuze. Ich meinerseits habe in dem preußischen Finanzminister, was die Verhältnisse Preußens zum deutschen Reiche betrifft, einen solchen fiskalischen Sinn, wie er ihm vorgeworfen wird, noch nicht bemerkt. Ich erinnere an die Art, wie die französische Kriegsentschädigung zur Vertheilung gekommen ist, an die Grundsätze, die Platz gegriffen haben im Verhältniß zu Süddeutschland und im Verhältniß der norddeutschen Staaten zu einander, ich erinnere an die Art, wie die Rechtsverhältnisse über das Reichseigenthum geordnet worden sind — wenn die anderen Regierungen in solchen Fällen so wenig Partikularismus und fiskalischen Sinn gezeigt hätten, wie die preußische, dann würden viele der Verhandlungen rascher, als es geschehen, zum Abschlusse gelangt sein. Dennoch habe ich die preußische Regierung erst von dem gehörten Vorwurfe freigesprochen, nachdem ich mich an der Hand einer nüchternen Rechnung überzeugt habe, daß die Anklage gegenstandlos ist. Man kann doch nicht partikularistischer sein, als das lucrum cessans, um das es sich dabei handeln soll, groß ist, und grade über die Größe des Gewinnes, den Preußen im nächsten Jahre aus seiner Bank ziehen wird, scheinen mir übertriebene Vorstellungen zu herrschen. Es ist wahr, der preuß. Staat hat in den letzten Jahren einen großen Gewinnn, im Durchschnitt der letzten 5 Jahre 2½ Millionen Thlr. aus der Bank gezogen. Ein großer Theil des Gewinnes rührt aber nicht aus dem Notengeschäft, sondern aus dem Guthaben aus der französischen Kriegskontribution her; das waren im Durchschnitte des Jahres 1873 83 Millionen Thaler, im Jahre vorher 23 Millionen Thaler gewesen. Der Abg. Lasker hat allerdings schon die Eventualität in das Auge gefaßt, daß eine Reichsbank die Kassengeschäfte für das Reich führen müsse, allein dabei übersehen, daß unter normalen Verhältnissen das Reich kaum eine Kassenverwaltung hat. Die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern werden von den einzelnen Staaten erhoben, die auch vorweg die Ausgaben für Militär und Marine bestreiten. Selbst die Matrikularbeiträge fließen nicht in die Reichskasse, sondern werden zum großen Theil kompensirt. Das Reich hat darum nicht einmal eine Reichshauptkasse, sondern seine Geschäfte werden durch die preußische Generalstaatskasse wahrgenommen. Ziehen Sie ferner die Zinsen des preußischen Einlagekapitals und den Nutzen in Betracht, den die Bank lediglich auf Grund der preußischen Gesetzgebung aus dem Depositengeschäft hat und der mit der neuen Vormundschaftsordnung zum Theil wegfallen wird, so würde sich nach Abzug alles dessen der Gewinn schon auf eine Million ermäßigen. Davon kommt noch die Hälfte der neuen Reichssteuer von 600 000 Thlr. in Abzug. Wenn Preußen partikularistisch ist, kann sein Partikularismus nur ein ⅜ Partikularismus sein, denn mit ⅝ partizipirt es an den Reichseinnahmen und trägt es zu den Reichsausgaben bei. Es handelt sich somit für Preußen höchstens um einen Verlust von 2- bis 300 000 Thlr. Nun hat die preußische Regierung der preußischen Staatskasse schon freiwillig einen Verlust zugefügt, indem sie sich mit der einprozentigen Notensteuer einverstanden erklärt. Kann man daher annehmen, daß sie nicht auch auf einen geringen Gewinn verzichten würde, wenn dies die Voraussetzung einer von ihr für richtig erkannten Bankpolitik sein würde? Herr Abg. Bamberger sagte, Preußen wolle ein Präcipuum und man wolle ihm das geben, wenn das preußische Ehrgefühl sich nicht weigere, ein Präcipuum anzunehmen. So liegt die Frage gar nicht, sondern vielmehr so, ob Preußen allein unter den vielen deutschen Staaten auf ein Präcipuum verzichten soll. Nicht blos Preußen, sondern auch viele andere deutsche Staaten erheben von dem Notengeschäft in ihren Grenzen ein Präcipuum. Der preußische Staat bezieht auch seinen Gewinn aus der Bank nicht umsonst, er muß die Noten der Bank an seinen Staatskassen annehmen. Unter gewöhnlichen Verhältnissen haben wir Vortheil davon, wenn die Noten der Preußischen Bank auch außerhalb Preußens umlaufen; entsteht aber eine Krisis, dann strömen alle diese Noten an die preußische Staatskasse zurück und die Garantie des preußischen Staates für die preußischen Noten wird eine Wirklichkeit. Ich würde es daher für eine wesentliche Kräftigung der Solidität der preußischen Finanzen halten, wenn dieses Risiko nicht mehr von Preußen allein, sondern vom ganzen deutschen Reiche getragen wird. Der geringe Preußen dafür entgehende Gewinn würde dagegen gar nicht in Betracht kommen. Als es sich 1865 im preußischen Abgeordnetenhause darum handelte, die Regierung zu ermächtigen, Filialen der Preußischen Bank außerhalb der preußischen Grenzen zu errichten, da gehörte der Herr Abg. v. d. Heydt, damals nicht Finanzminister zur Opposition, weil ihm die Vortheile einer solchen Ausdehnung geringer schienen, als die Vermehrung des Risikos der preußischen Staatskasse. M. H., wenn ich gegen die Reichsbank bin, so ist es nicht aus Vorliebe für die Preußische Bank als solche, sondern weil ich die Preußische Bank auf ihrer heutigen Grundlage nicht für ein rationelles Institut halte. Allerdings ist es der Standpunkt der liberalen Partei im preußischen Abgeordnetenhause in den 50er Jahren und der Majorität im Jahre 1865 gewesen, der dazu führte, die Vorlage der Regierung, wonach Filialen im Auslande errichtet werden dürfen, abzulehnen. Und diesen Standpunkt halte ich auch heute für den richtigeren. Der Abg. Waldeck nahm 1865 eine andere Stellung ein, als die Mehrzahl seiner Parteigenossen; Waldeck's Gedächtniß in Ehren; aber ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Lasker bereit ist, die wirthschaftlichen Fragen auch sonst überall Waldeck als Autorität anzuerkennen; Waldeck war z. B. bis zuletzt ein Gegner der Hypothekenreform. Ja selbst in der Bankfrage kann sich Herr Lasker nicht vollständig auf Waldeck berufen, denn aus der damaligen Rede Waldeck's geht nichts weniger, als eine Befreundung mit dem von Herrn Lasker adoptirten Prinzip der Kontingentirung hervor. Wir befinden uns heute auf dem Gebiete der volkswirthschaftlichen Gesetzgebung in einer, ich will nicht sagen reaktionären, aber doch in einer Strömung, die gegen freiheitliche Prinzipien reagirt. Die Mißstände, die in Folge des Krieges und seiner Nachwirkungen entstanden sind, schiebt man heute gern den freiheitlichen Gesetzen in die Schuhe, die vor dem Kriege erlassen sind. Man ist jetzt wieder sehr geneigt, zur Bevormundung des Staates zu greifen und Staatsanstalten an Stelle der Privatindustrie herzustellen. Diese Strömung führt im Eisenbahnwesen zum großen Staatseisenbahnnetz, hier tritt sie auf dem Gebiete des Bankwesens hervor und empfiehlt große Zentralbanken. Ich bedauere, daß der Herr Abg. Lasker in seinen Vorschlägen zur Gesetzgebung dieser gegenwärtig geltenden Strömung sich mehr anschließt, als ich wünschen muß bei der Autorität, die seine Meinung in allen Fragen hat. Gestatten Sie mir, von dem früher von der liberalen Partei geschlossen vertretenen Standpunkt aus die Thätigkeit eines solchen Zentralinstituts, wie es die Preußische Bank ist, etwas kritisch ins Auge zu fassen. Die Preußische Bank treibt also Geschäfte, indem sie Wechsel ankauft und dafür Banknoten ausgiebt. Bei diesem Ankauf von Wechseln ist sie eine wesentliche Stütze des Großhandels und der Großindustrie. Die Preußische Bank schafft nicht neue Kapitalien, sie wirkt nur für die Vertheilung des vorhandenen Kapitals. Dabei aber kann sie einer Klasse von Bürgern nicht billiges Kapital schaffen, ohne es für die anderen Klassen zu vertheuern. (Sehr richtig!) Die mitunter auftretenden Klagen, daß die Preußische Bank wesentlich die Notablen der Großindustrie und des Großhandels begünstige, sind nur insoweit unberechtigt, als sie von der Bank etwas verlangen, was dieselbe ihrer ganzen Natur nach nicht geben kann; denn diese Bank kann auf individuelle Kreditwürdigkeit keine Rücksicht nehmen, sondern nur denen Kredit geben, die notorisch kreditwürdig sind, d. h. den Notablen des Handels und der Industrie. In dem Maße also, wie Sie ein Bankwesen zentralisiren, muß die Kreditliste eingeschränkt werden, weil sich sonst die Kredit-Gewährung nicht mehr von einem Punkte kontroliren läßt. Herr Bamberger hat sich gestern auf das Urtheil des Handelsstandes berufen. Mir imponirt in dieser Frage nichts weniger als dieses Urtheil, am allerwenigsten das Urtheil des deutschen Handelstages, denn der ist nichts weiter als die organisirte Vertretung des Großhandels und der Großindustrie. Im Jahre 1865 sagte der Abg. v. Unruh im preußischen Abgeordnetenhause: Wenn Sie bei einem neu zu errichtenden Kreditinstitut auf das Urtheil oder die Abstimmung der Geschäftswelt hinweisen, so kommt mir das gerade so vor, als wenn Sie in einer Gesellschaft, die bei sehr gutem Appetit ist, zu später Mittagsstunde darüber abstimmen lassen, ob sie diniren wollen. Die Geschäftswelt hat ja ein ganz spezifisches Interesse daran, daß mehr Kreditinstitute entstehen, die unter billigen Bedingungen arbeiten. Es schwärmt jetzt mancher, namentlich außerhalb Preußens, für eine Reichsbank, weil er meint, daß auch für ihn persönlich dabei etwas abfallen möchte. Aber wenn man namentlich in Süddeutschland erst nähere Bekanntschaft mit den Einrichtungen der Preußischen Bank gemacht haben wird, dann wird man finden, daß es bei der Einrichtung und Handhabung der Kreditliste oft sehr ungemüthlich zugeht. Die Preußische Bank hat als Zentralinstitut die Wirkung, daß sie einen gleichen Diskontosatz im Lande hervorbringt. Wenn man aber künstlich diesen gleichen Diskonto herbeiführen will, obwohl die natürlichen Voraussetzungen des Diskontos landschaftlich verschieden sind, so halte ich das für eine ebenso falsche Politik wie die Schutzpolitik im Verhältniß der einzelnen Staaten zu einander falsch ist. Herr Bamberger meint, alle großen und intelligenten Nationen haben solche Institute. M. H., keine einzige Nation hat solches Institut wie die Preußische Bank. Vergleichen Sie nur die Preußische Bank mit der Französischen. Diese hat gar keine Filiale, die englische nur 10, die preußische aber mehr als 160. Die Folge unseres Netzes von Filialen ist die, daß überhaupt das Bankwesen im Lande sich nicht so entwickelt wie es sich anderwärts entwickelt hat.

Unter der Konkurrenz der Preußischen Bank leidet die Entwickelung des Bankwesens in Preußen überhaupt. Wenn sich die Banken in der letzten Zeit so viel mit Gründungen und Effektengeschäften abgegeben haben, so kommt das daher, daß sie aus dem Diskontogeschäft durch die übermächtige Preußische Bank hinausgedrängt sind. Was heißt es denn überhaupt, wir wollen eine Reichsbank? Eine Reichsbank, wie sie England besitzt, ist die gegenwärtige Preußische Bank schon. Denn einmal beschränkt die englische Bank ihre Wirksamkeit fast ganz auf London. Dann dürfen ja die Noten der Preußischen Bank schon in ganz Deutschland umlaufen. Der Unterschied zwischen Ihrer Reichsbank und diesem Gesetz besteht nur darin, ob Filialen der Preußischen Bank auch in denjenigen Staaten gegründet werden, wo sie bisher nicht gewesen sind. Man sagt nun, der Verkehr bedarf eines großen einheitlichen Cirkulationsmittels, das die Stelle von Geld vertritt und überall angenommen werden kann. Der Abg. Bamberger sagt, die Banknote muß wie Geld sein. Nun, m. H., eine Banknote machen Sie nicht zu Geld, wenn auch der Herr Reichskanzler selbst darauf schriebe, daß die Banknote Geld sein soll. Sollte man das wirklich jemals glauben, so würde man bei jeder Krisis um so jäher enttäuscht werden. Man rühmt der Preußischen Bank nach, daß sie 1866 und 1870 den Handelsstand so wesentlich unterstützt habe, daß er um so leichter die Kriegsverwirrung ertragen konnte. Dafür hat sich der Handelsstand weniger bei dem Direktorium der Preußischen Bank als bei dem preußischen Generalstabe zu bedanken. Ohne die raschen und durchgreifenden Erfolge des preußischen Heeres würde der Preußischen Bank diese liberale Kreditgewährung sehr schwer bekommen sein. (Sehr richtig) Wenn eine Staatsmacht siegreich ist, kann sie nicht allein die finanzielle Ordnung des Staats aufrechterhalten, sondern außerdem den Handelsstand unterstützen. Wenn sie aber Niederlagen erleidet, dann bekommen wir ein anderes Bild. Die französische Bank ist vor dem Kriege mindestens ebenso solide verwaltet gewesen, wie die preußische, sie hat viel größere Deckungsmittel, wenn ich nicht irre, deren 70 Prozent gehabt, und gleichwohl hat sie unmittelbar nach der Schlacht von Wörth, noch vor der Entscheidung von Metz ihre Zahlungen eingestellt. Der Abg. Bamberger rühmt ihre guten Dienste bei der Zahlung der Milliarden aber, wenn man seine Schulden nicht zu bezahlen braucht ist es sehr leicht, gegen Dritte freigebig zu sein. Herr Bamberger scheint die Zahlungseinstellung einer Zentralbank während eines Krieges als etwas Normales anzusehen, damit Gold für den späteren Gebrauch der Regierung reservirt werde, ich aber kann mir nichts Schlimmeres denken, als wenn einmal zu den Schrecknissen des Krieges noch der Zwangskurs und Papierwährung in Deutschland träte. In Preußen hatten wir noch lebhaft die Zustände der Befreiungskriege in der Erinnerung, wo die Kassenscheine bis zu einem Kurswerth von 22 gesunken waren, als 1866 mobil gemacht wurde. Ich erinnere mich sehr wohl eines Tages im Mai 1866, wo ich in der Jägerstraße dem Schauspiel eines Sturmes auf die Bank zusah. Alles schleppte Silbersäcke heraus, und das ganze Personal war aufgeboten, um zu zählen. Daß alsbald wieder eine Wendung eintrat, verdankten wir den raschen Siegen der Armee. Man sagt, daß eine große Zentralbank nothwendig sei, um die Goldwährung durchzuführen. Ich kann mir wohl denken, daß dazu es nothwendig ist, den Notenumlauf in Deutschland zu kontingentiren, ich kann aber nicht einsehen, daß es dazu nöthig sei, eine Zentralbank einzurichten. Mir scheint die Meinung, daß man durch eine Zentralbank den Geldverkehr beherrschen könne, eben so irrig, als die Meinung, daß ein Staat etwa den Getreidehandel, die Aus- und Einfuhr von Getreide reguliren könne. Man verweist uns auf die Bank von England; dieselbe aber ist etwas ganz anderes, als die Preußische Bank und die Zentralbank, sie stützt sich auf ein sehr entwickeltes Bankwesen im Lande, auf ein sehr entwickeltes Depositengeschäft und Checksystem, das wir niemals bekommen werden, da die Filialen der Preußischen Bank eine solche Entwickelung des Bankwesens in den Provinzen unmöglich machen. Nur auf Grund solcher Entwickelung des freien Bankwesens ist es möglich, daß die Englische Bank gewissermaßen die Kasse des ganzen Landes ist. Aber wenn Sie die Engländer selbst hören, so werden sie Ihnen sagen, daß auch die Englische Bank gar nicht die Macht und Bedeutung hat, den Geldverkehr des Landes zu reguliren. Der frühere Bankgouverneur Hanley sagt in einer Schrift über die Englische Bank, daß viele Leute irrthümlich glauben, die Bank von England habe die Macht, den Diskonto niedrig zu halten und andererseits für die Sicherheit des Geldmarktes dadurch zu sorgen, daß sie die Anforderungen von Geld, welche der Verkehr stellt, durch Erhöhung des Diskontosatzes rechtzeitig beschränkt. „Der Glaube, sagt er, daß die Bank

von England den Zinsfuß regele, ist durchaus irrig. Er schildert sodann, wie die größere Nachfrage nach Geld bei der Bank von England erst eintritt, wenn die anderen Banken und Kapitalisten nicht mehr so billig diskontiren und wie dann auch die Bank von England ihren Diskont erhöhen müsse, weil ihr sonst alles Geld sofort abgenommen werde, während der Zinsfuß doch steigt. Die Bekanntmachung eines bestimmten Diskontosatzes von Seiten einer solchen Bank ist also keine Regulirung des Diskonts, sondern eine nachträgliche Acceptirung des Diskontosatzes, der durch Nachfrage und Angebot bestimmt würde. Das schlägt die Ausführung, die darauf geht, eine große Zentralbank könne durch Erhöhung des Diskontosatzes ohne Weiteres die Goldausfuhr hemmen. Wir können uns das Exempel auch in Preußen selbst machen. Im Juli und August sind 20-Markstücke nicht blos ausgeführt, sondern auch im Inlande eingeschmolzen worden, was mir ein Einschmelzer selbst berichtet hat, indem er genau vorrechnete, was er dabei verdiene. Diese Markstücke hatte er von einer Filiale der Preußischen Bank bezogen. Herr Michaelis erklärte 1865 als Abgeordneter: „Wenn Sie für die Preußische Bank Filialen im Auslande begründen, so vermehren Sie dadurch die Gefahren für Aufrechthaltung der Metallwährung. Denn Sie vermehren die Plätze, durch welche in der bequemsten Weise das Metall ausgeführt werden kann." Die Preußische Bank war in diesem Sommer gar nicht im Stande, den Diskonto gegenüber der Ausfuhr zu erhöhen, weil der Privatdiskonto auf 2½ bis 3 Prozent stand, während sie selbst schon 4 Prozent forderte. Hätte man damals eine Erhöhung eintreten lassen, so würde Niemand von ihr Geld gefordert haben. Die Preußische Bank ist erst zu einer Erhöhung gekommen, als der Privatdiskonto nahezu den Satz erreicht hatte, der bisher für die Bank gegolten hatte. Man spricht so viel von den Wirkungen der Preußischen Bank während der letzten Jahre. Mir ist es durchaus zweifelhaft, ob die Preußische Bank in denselben mehr genützt oder geschadet hat. 1872 vermehrte sie ihren ungedeckten Notenumlauf um 42 Millionen Thaler, während sämmtliche Privatbanken denselben nur um 13 Millionen vermehrten; erst im Jahre 1873 fing die Bank zu reagiren an, als von einer Krisis in Wien die ersten Symptome hervortraten. Ob nicht die Preußische Bank zu stark reagirte, lasse ich dahingestellt. Es war sehr leicht für sie wegen des starken Zuflusses aus der Kontribution. Ob sie sich nicht zu streng in der Bewegung des Wechseldiskontos gezeigt hat, will ich nicht untersuchen, aber das wurde allseitig wahrgenommen, daß der deutsche Geldmarkt gerade die höchste Spannung in Momenten zeigte, wo Frankreich seinen Antheil an der Kontribution zahlte und der Bank überwies. Die Ansichten über eine Zentralbank beruhen auf einer Unterschätzung dessen, was die Privatbanken leisten, sie beruhen auf dem Glauben an eine gewisse Unfehlbarkeit eines Hauptbankdirektoriums. Der Abg. Bamberger führt noch mehr in seiner Broschüre als in seiner gestrigen Rede aus, die Einsicht in einer solchen Behörde werde geschärft, durch das Gefühl der ungeheuren Verantwortlichkeit, die sie zu tragen hat, eine Wiederholung des Satzes: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand." Wenn das so einfach wäre, warum dann nicht lieber gleich den Sozialdemokraten entgegen kommen und auch andere Zweige der Produktion zentralisiren im Großen Staatsanstalten? Nein, m. H., das thun wir aus dem Grunde nicht, weil wir sagen, jede bureaukratische Weisheit wiegt das nicht auf, was beim Privatmann die Konkurrenz wiegt, in der er mit anderen Privatpersonen steht. Das Gefühl, daß er selbst persönlich für den Schaden aufkommen muß, der durch seine Handlungsweise eintritt. Die Preußische Bank hat aber keine Konkurrenz und eben deshalb fehlt auch die Kritik gerade der Sachverständigsten. Was noch von Konkurrenz da ist, wird aufhören, wenn aus der Preußischen Bank erst eine Zentralbank geworden ist. Man legt nun noch einen Werth auf die Aufsicht des Reichskanzlers und des Reichstages über eine solche Bank. Herr Bamberger sagt allerdings, wir brauchen einen Reichsfinanzminister. Ja, m. H., das haben wir schon seit Jahren gesagt und es ist bei dem Wunsche geblieben, daß aber auch ein Reichsfinanzminister nicht immer Alles zur Zufriedenheit leisten kann, mag Hr. Bamberger daraus ersehen, daß der preußische Finanzminister die Münzfrage so wenig zu seiner Zufriedenheit geleitet hat. Wenn man nun noch auf den Reichstag Bezug nehmen will, so verspreche ich mir von der Aufsicht des Reichstages über eine Reichsbank gar nichts; ich glaube nicht, daß eine 400köpfige Versammlung im Stande sei, überhaupt zu einer Initiative zu kommen und einen Beschluß zu fassen. Bevor ein solcher zu Stande kommt, hat der Geldmarkt längst ein anderes Gesicht bekommen. Der Abg. Lasker sieht aber in der Kontrole des Reichstages gerade die Spitze seines Systems. Nun, m. H., davor ist mir besonders bange, daß der Reichstag künftig die Summe bestimmt, welche kontingentirt werden soll. Es ist ja für eine Majorität überaus verführerisch, blos mit der Bewilligung einer Ziffer Kredit zu gewähren und Kapital im Lande zu spenden. Kommen wir zu einer Reichsbank, so würde es schon heißen, man müsse höher kontingentiren, um dieselbe des Reiches würdig auszustatten. Am meisten fürchte ich Einwirkungen von oben auf die Reichsbank, die nicht geschäftlicher, sondern politischer Natur sind. Vor einigen Jahren hieß es einmal, die Preußische Bank müsse ihren Diskont eigentlich erhöhen, unterlasse es aber, um in dem Moment, wo Frankreich seine Zahlungen leiste, keinen unangenehmen Eindruck zu machen. Ob der Herr Reichskanzler sich wirklich derartig eingemischt hat, will ich vollständig dahin gestellt sein lassen. Für mich bewies die Zeitungsnachricht nur, wie nahe die Beziehungen zwischen auswärtiger und Diskontopolitik liegen können und wie gefährlich es ist, die Fäden, die einerseits die Diskontopolitik, andererseits die auswärtige Politik leiten, in dieselbe Hand zu legen. Eine Zentralbank bringt große Gefahren für den Konstitutionalismus, sie ermöglicht es der Regierung, Geld zu bekommen, ohne die Zustimmung der Volksvertretung. (Redner bezieht sich auf die gesetzwidrige Anleihe der Seehandlung im Jahre 1832 für die Regierung.) Die Probe auf die Tugend der Preußischen Bank sei noch nicht ernstlich gemacht, die Regierung habe in der Konfliktszeit auch ohne Bank Geld genug gehabt. Bei der Konvertirung einer Anleihe im Jahre 1862 habe die Preußische Bank bei einer nach Ansicht des Abgeordnetenhauses gesetzwidrigen Maßregel mitgewirkt. Auf den Bankausschuß und dessen Widerstandskraft sei nach den damaligen Erfahrungen nicht allzu viel zu geben. Schlimm sei es, wenn als auf die letzte Schutzmauer für den Konstitutionalismus man sich auf das politische Gewissen einiger Geheimen Kommerzienräthe verlassen müsse. Nach alledem will ich die Wirksamkeit der Preußischen Bank nicht ausdehnen, sondern einschränken. Ich billige ihre Kontingentirung und würde noch weiter gehen und die Annahme ihrer Noten an öffentlichen Kassen untersagen. Ich will den Banken alle künstlichen Stützen, insbesondere die Staatskrücke entziehen, dann brauche ich ihnen in ihrer natürlichen Sphäre desto weniger Beschränkungen aufzuerlegen. Wenn wir den Privatbanken jetzt nicht größere Freiheiten gewähren können, so rührt dies daher, weil die Einsicht des Publikums über die Unterschiede zwischen Geld und Noten systematisch verwirrt ist durch die langjährige Politik der deutschen Regierung, die Privilegienwirthschaft, die Vermengung von Bank- und Staatskredit, die Gleichstellung von Banknoten und Kassenscheinen bei der Annahme an öffentlichen Kassen. Das Publikum bedarf daher zunächst einer heilsamen Kur durch Verbannung aller kleinen Appoints, für welche ein Bedürfniß bei der Goldwährung nicht mehr vorhanden ist. Ich möchte aber diese Noten nicht früher ausschließen, als bis die Goldwährung wirklich eintritt, denn bis dahin bedarf man im Verkehr noch [der] kleinen Noten, weil man sich mit dem schweren Silber nicht schleppen will. Ist es nach den gestrigen Ausführungen des Ministers Camphausen möglich, die Goldwährung früher einzuführen, so bin auch ich bereit, durch ein Spezialgesetz den Termin für die Einlösung kleinerer Noten zu verkürzen. Mehr als ein solches Gesetz aber werden wir in dieser Session nicht zu Stande bringen. Eine Majorität ist bis jetzt nur vorhanden für die Negation des Regierungsentwurfes. Wie die Zentralbank eingerichtet werden soll, darüber gehen die Ansichten zwischen Lasker, Bamberger und Sonnemann vollständig auseinander. Hätte Herr Bamberger gestern nicht die letzten Ziele seiner Bankpolitik verhüllt, sondern wie am Schlusse seiner Crefelder Rede ausgesprochen, daß er die Privatbanken vollständig verschwinden machen und die Einheitsbank nicht kontingentiren wolle, so würde ein großer Theil von seiner Führerschaft abgefallen sein. Herr Lasker hat uns zwar heute für Herrn Bamberger gutgesprochen (Heiterkeit), aber es gehört doch viel Beredtsamkeit dazu, glauben zu machen, Herr Bamberger sei in diesen Tagen von allen seinen früheren Grundsätzen zurückgekommen. Sind ihm doch selbst gestern spitze Bemerkungen gegen den Automaten und den Mechanismus der Kontingentirung entschlüpft. Herr Bamberger macht nur den ersten Schritt zur Zentralbank mit Lasker gemeinsam, und denkt, haben wir erst die Zentralbank, so wird es nicht schwer werden, die Kontingentirung fallen zu machen. Bei dieser Meinungsverschiedenheit, fürchte ich, wird es der Kommission ähnlich gehen, wie der Kommission für das Reichstagsgebäude. (Heiterkeit.) Man kann nicht beschließen, daß man ausziehen will, wenn man nicht weiß, wohinein ziehen. Vermeiden wir doch ein solches organisches Bankgesetz zu überstürzen; führen wir in dieser Session einen kürzeren Termin für den Ausschluß der Noten ein, so haben wir in dieser Session alles gethan, was der Augenblick erfordert. (Sehr richtig!) Sind erst die kleinen Noten verschwunden, ist die Goldwährung eingeführt, so ist das Terrain, auf dem wir zu bauen haben, ein viel übersichtlicheres. Ich bin überzeugt, die Verständigung, nach welchem System die organische Bankgesetzgebung aufzubauen sein wird, ist dann viel leichter und einfacher. (Beifall.)

Nachdem Fürst Bismarck sich dagegen verwahrt hat, Einfluß auf den Bankdiskont geübt zu haben, spricht

Abg. **Sonnemann**: M. H., die Ausführungen des Herrn Vorredners werden ohne Zweifel zur Klärung der Frage beitragen, aber wahrscheinlich nicht in der Richtung, welche der Vorredner wünscht. Wenn ein so finanzkundiges Mitglied des Hauses uns versichert, daß der Schaden, welcher Preußen aus dem Verzicht auf die Preußische Bank erwachsen würde, keineswegs sehr groß sein, höchstens einige hunderttausend Thaler betragen werde, so ist diese Behauptung den gestrigen Ausführungen des Herrn Finanzministers gerade entgegengesetzt. Wenn Herr Richter uns ferner die Preußische Bank als eine so mangelhafte, schlecht verwaltete Institution schildert, so dürfte er logisch nicht für die Erhaltung dieses Institutes stimmen, er müßte sich vielmehr gegen das Gesetz, für Bankfreiheit u. s. w. erklären. Im Uebrigen habe ich allen Anlaß, von der gestrigen Debatte befriedigt zu sein. Zunächst habe ich mich gefreut, daß die Anhänger der Reichsbank, welche nach den Erwartungen Vieler nur ein kleines Häuflein bilden würden, hier bereits die große Mehrheit bilden. Dann habe ich auch alles dasjenige gefunden, was ich früher über die Stellung des Herrn Finanzministers zur Frage geäußert habe. Der Herr Finanzminister hat mit dankenswerther Offenheit erklärt, daß er nicht ohne große Entschädigung die Preußische Bank an das Reich abtreten würde; ferner daß die Centralbank bereits vorhanden wäre, indem man ja zehn Jahre lang die Preußische Bank die Rolle einer Centralbank spielen lasse. Ich habe dem Münzgesetze seiner Zeit in jeder Hinsicht zugestimmt und dadurch den Beweis geliefert, daß mir jeder Gedanke einer tendenziösen Opposition ferne liegt. Ich glaube auch, daß die ziffermäßigen Mittheilungen, welche die Herren vom Bundesrathe gemacht haben, geeignet sind zu beruhigen, allerdings unter der einen Voraussetzung, daß wir bald eine wirkliche Reichsbank bekommen, welche der Münzpolitik auf Schritt und Tritt folgt. Denn darüber möge man sich nicht täuschen, die Gefahren, welche aus einer passiven Handelsbilanz entspringen, sind noch nicht beseitigt. Diese Gefahren sind nicht aus der Banknotencirkulation entstanden. Sie sind in erster Linie eine Folge des übertriebenen Gründungsschwindels, wodurch unsere Industrie aus ihren ruhigen Bahnen herausgerissen wurde, und daher momentan konkurrenzunfähiger ist, als früher. Diesen Zustand können wir aber am allerwenigsten dadurch verbessern, daß wir auf dem Gebiete des Bankwesens herum experimentiren und der Industrie den Kredit beschränken. Auf diesem Wege würde unsere Industrie möglicherweise noch mehr gelähmt und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte noch mehr herabgemindert werden. Das würde aber geschehen durch Annahme des vorliegenden Bankgesetzentwurfs. Dagegen würden wir durch eine Reichsbank sicher erreichen die gute Durchführung unserer Münzwährung, auch eine gedeihliche Lösung der Bankfrage. Der Ansicht des Herrn Finanzministers, daß es besser wäre, die kleinen Noten früher einzulösen, als 1876, trete ich bei. Es würde sich jedoch dieser Zweck viel sicherer erreichen lassen, wenn das Reich mit der Ausgabe seiner Kassenscheine bis 1876 zurückhielte, und so lange den Einzelstaaten und seinen bereiten Mitteln Vorschüsse zur Einlösung des Staatspapiergeldes machen würde. Ich will keine Monopolbank in dem Sinne, daß außer der Reichsbank keine Bank Noten ausgeben dürfe. Das will vielmehr der Entwurf nach 1866. Ich wünsche vielmehr, daß eine Gruppe von lebensfähigen Mittelbanken neben der Reichsbank weiter bestehen bleibe. Die Einheit des Bankwesens leidet in England nicht darunter, daß mehrere Hundert Privatbanken neben der Bank von England existiren. Auch in Deutschland wird es gut sein, wenn der Reichsbank eine Konkurrenz in einer Gruppe gesunder Mittelbanken gegenüberstehen würde. Ich habe auch nichts dagegen, wenn die Notenemission der Mittelbanken kontingentirt wird. Dagegen würde ich hier eine Steuer vom Reinertrage der Steuer vom ungedeckten Notenumlaufe vorziehen. Was die Banken der meisten Staaten betrifft, so kann man ja in dieser Hinsicht an den Gesetzentwurf und die ihm zu Grunde liegenden Kompromisse mit Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen 2c. anknüpfen. Sachsen müßte allerdings etwas weitergehende Konzessionen gemacht werden, denn die Behandlung Sachsens in dem Entwurfe scheint mir in hohem Maße ungerecht zu sein. Wenn der Entwurf aber den verschiedenen Zettelbanken pro 1876 das Todesurtheil gesprochen hat, so sollte man ihnen die letzten Jahre der Existenz nicht allzu sehr erschweren, wie man ja einem zum Tode Verurtheilten die letzte Mahlzeit reicht. (Heiterkeit.) Allein es wird in Hinsicht auf Sachsen ein Ausweg gefunden werden und die dresdener Kaufmannschaft hätte noch nicht nöthig gehabt, ihr Votum mit schwarzer Einfassung zum Zeichen der Trauer uns vorzulegen. Ich hoffe, daß sich außer mir noch mehr Mitglieder aus verschiedenen Staaten finden werden, welche bereit sind, den Ansprüchen Sachsens gerecht zu werden. Hinsichtlich der Zentralbank bin ich nicht für die Kontingentirung. Die Erfahrungen, welche man damit in England gemacht hat, sind nicht geeignet, einen ruhigen Beobachter zur Nachahmung dieses Experiments zu animiren. Nach 30jähriger Erfahrung hat sich — wie Leyd in seinem kürzlich erschienenen Buche unwiderleglich nachweist — herausgestellt, daß die Bankakte von 1844 weder Krisen verhindern noch mildern könne. Wohl aber hat sie die Gefahren im Kreditwesen vermehrt, da sie zur Folge hat, daß der Zinsfuß jeder Stabilität entbehrt und denselben häufig weit unter das naturgemäßige Niveau herabdrückt, ihn dagegen zu anderen Zeiten wieder über normale Verhältnisse hinaufschraubt. Der zu niedrige Zinsfuß reizt zur Spekulation, der zu hohe bereitet dem Verkehr die größten Gefahren. Aus diesem Grunde giebt es viel mehr Leute in England, welche uns um unser rationelleres Bankwesen (der Preußischen Bank) beneiden, als solche, welche die Bankakte heute noch vertheidigen. Wenn es übrigens nur möglich sein sollte, auf Grundlage einer indirekten Kontingentirung die Majorität des Reichstags für die Annahme der Reichsbank zu bestimmen, würde ich hierin vielleicht eine Konzession machen. Denn bei der Reichsbank, welche von Staatsbeamten geleitet wird, die nicht auf die Erzielung einer hohen Dividende in erster Linie sehen werden, hat die Sache weniger Gefahr. Diese Anschauung scheint auch dem Beschlusse des Handelstages zu Grunde zu liegen. Die praktischen Kaufleute haben sich gesagt, bei der Reichsbank wandert die Steuer aus einer Tasche in die andere, d. h. es ist einerlei, ob das Reich seinen Gewinnantheil in dieser oder jener Form bestimmt. Was nun die Entschädigungsfrage betrifft, so ist glücklicherweise von der Entschädigung der Privatbanken nicht mehr die Rede. Was Preußen betrifft, so giebt der Herr Finanzminister zu, daß die Regierung bereit sein werde, die Entschädigung nach den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit festzustellen. Die Rechnung, welche der Herr Finanzminister aufgestellt hat, stimmt mit diesen Ansichten allerdings nicht überein. Was Preußen als Entschädigung für Einlösung des Papiergeldes zu fordern hat, wird ihm Niemand verweigern wollen. Im Uebrigen steht es fest, daß die Gewinne der Preußischen Bank zum beträchtlichen Theile aus der Verwaltung der Reichskasse und aus nicht-preußischen Filialen geflossen sind. Mit welchem Rechte will die preußische Regierung für den Verzicht auf diese Gewinne entschädigt sein. Ein Vorschlag, den ich Ihrer Erwägung anheimgebe, ist folgender: Das Reich garantirt Preußen während der Dauer von 10 Jahren den Durchschnittsgewinn der Preußischen Bank aus den letzten 10 Jahren. Würde der verhältnißmäßige Antheil Preußens an dem Gewinne der Reichsbank in einem Jahre geringer sein, dann würde es den Unterschied als Präcipuum erhalten. Auf diese Weise könnte Preußen sich nicht beklagen, einen Verlust erlitten zu haben. Dem Reiche würde es aber sehr wenig kosten, da nach meiner festen Ueberzeugung die Reichsbank ein entsprechend größeres Erträgniß liefern wird. Auf diese Weise würde Preußen dem Vorwurfe entgehen, daß es die thatsächlichen Verhältnisse zum Nachtheil der übrigen Staaten ausbeuten will. Die Sache hat auch ihre politische Seite. Der Süden hat mit dem Reiche Lasten genug übernommen. Hier bietet sich eine Gelegenheit, eine moralische Eroberung im Süden und selbst in Elsaß-Lothringen zu machen und Sie sollten dieselbe nicht aus kleinlichen Rücksichten von der Hand weisen? Es ist sonderbar genug, daß ich, den Sie gemeiniglich als Reichsfeind bezeichnen, die preußische und die Reichs-Regierung auf den großen Fehler aufmerksam machen muß, den sie mit der Verweigerung der Reichsbank machen würde. Die ganze Haltung der Regierung erinnert lebhaft an die Haltung Preußens in der Zollvereinsfrage, wo es die günstige Stimmung des Südens für die Herstellung der Zolleinheit erst nach jahrelanger Zögerung zu benutzen wußte. Die Frage hat aber auch ihre wichtige soziale Seite. Banknoten werden in den Motiven als ein Ausfluß des Münzregals bezeichnet. Es ist also eine der größten Ungerechtigkeiten, wenn sie den Gewinn, welcher dem Reiche und allen Steuerzahlern zukommt, an Preußen oder an 2400 Privataktionäre oder Reichspensionäre überlassen wollen. Ich würde die Bank ausschließlich aus Reichsmitteln dotiren, da ich keines der hiergegen ausgesprochenen Bedenken theile, will man aber für die nächsten zehn Jahre den Aktionären einen mäßigen Zinsgewinnn einräumen und alles übrige dem Reich, so werde ich mich dem auch nicht widersetzen, da bei dem nächsten Termine Niemand mehr an die Zulassung von Privatkapital denken wird. Es haben sich allerdings, wie ich dem Herrn Abg. Richter einräume, auf diesem Gebiete manche große Wandlungen in den Anschauungen vollzogen, weil man sich überzeugt hat, daß die freie Konkurrenz zur Ausbeutung der Gesammtheit durch Wenige führt, und zu der Ansicht gelangt, daß der Staat durch positive Leistungen diese Ausbeutung verhindern müsse. Neben der Bankfrage zeigt sich diese Wandlung auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Man kann etwaigen unberechtigten Forderungen der sozialen Parteien nur entgegen treten, wenn man den gerechten Forderungen sich nicht entgegen stemmt. Der Gewinn aus der Reichsbank wird einen erheblichen Beitrag zu den Matrikulareinlagen liefern, die man ja von allen Seiten beseitigt wissen will. Noch will ich schließlich davor warnen, daß Sie dem jetzigen Universalmittel der Notengegner, den Depositenbanken, keinen übertriebenen Werth beilegen möchten. Depositenbanken können treffliche Dienste leisten, aber sie können ebensowenig Krisen verhüten als jedes andere Banksystem. Das hat uns die amerikanische Krisis von 1873 wieder recht handgreiflich gezeigt. Wo man Depositenbanken mit Ernst und Eifer ins Leben gerufen hat, haben sie auch reussirt neben den Notenbanken. Ich schließe mit der Hoffnung, daß es gelingen wird, auf diesen oder ähnlichen Grundlagen das Bankgesetz zu Stande zu bringen. Besser als die Annahme der Regierungsvorlage wäre es nach meiner Meinung, wenn das Gesetz gar nicht zu Stande kommen würde.

Um 3¾ Uhr vertagt das sichtlich ermüdete Haus die Debatte, die mit einer Reihe persönlicher Bemerkungen für heute schließt. Wir heben aus derselben die Erklärung des Abg. **Richter** hervor, daß er seine Aeußerung bezüglich der Beeinflussung des Geldmarktes und Diskontos durch den Reichskanzler nur mit äußerster Reserve und nicht als Ausdruck seiner eigenen Meinung gethan, sondern nur den Zweck verfolgt habe, dem Reichskanzler Gelegenheit zu einer näheren Aufklärung zu geben. Sie wird morgen (**Mittwoch 11 Uhr**) fortgesetzt, außerdem steht auf der Tagesordnung der Antrag Sonnemann auf Aufhebung des Strafverfahrens gegen Reimers, Hasselmann und Geib, der Antrag Stenglin und Wahlprüfungen.

Tagesübersicht.

Posen, 18. November.

Die „Nat.-Z." bestätigt die telegraphische Meldung unseres Mittagblattes bezüglich des Prozesses **Arnim**. Sie schreibt:

Im Interesse der Vertheidigung sind vom königlichen Stadtgericht die mündlichen Verhandlungen gegen den Grafen Arnim um eine Woche gegen den ursprünglich beabsichtigten Termin verschoben worden. Dieselben werden, wie jetzt definitiv bestimmt worden, am 9. Dezember und an den folgenden Tagen stattfinden. — Zunächst ist über den Grafen Arnim gemäß § 223 der Kriminal-Ordnung („Da der Richter bei allen Verhaftungen mit Schonung verfahren muß, so kann er nach dem Stande, Range oder anderen persönlichen Verhältnissen des zu Verhaftenden . . . durch Ankündigung von Stadt-, Haus-Arrest 2c. Sicherheitsmaßregeln treffen") **Hausarrest** verfügt worden, unter der Androhung, daß er, sobald er sich aus seinem Wohnhause ohne Erlaubniß resp. Aufforderung des Stadtgerichts entfernt, sofort wieder nach der Stadtvoigtei übergeführt wird.

Wir meldeten neulich nach dem „Tagesbl. aus Mähren", daß der **olmützer Erzbischof** wegen ungesetzlicher Anstellung von Geistlichen im preußischen Antheil seiner Diözese vom Kreisgericht zu Ratibor verurtheilt worden sei, mehrere tausend Thaler Strafe zu zahlen. Das olmützer Blatt „Zeit" ergänzt die Meldung dahin, daß der Erzbischof alle Ernennungen im **österreichischen** Theil seiner Diözese, wie die Kirchengesetze in Oesterreich es jetzt vorschreiben, den Behörden anzeigt. Die Dogmatik des Kardinals, Erzbischof Landgrafen von Fürstenberg, erblickt also nur in der Anzeige an die **preußischen** Behörden eine Gefahr für den Glauben.

In Sachen der **deutschen Katholiken**, welche der Jungfrau von Lourdes eine Fahne zu stiften gedenken, schreibt das pariser „Univers":

„Die Personen, welche mit der Beschaffung des „nationalen Opfers" betraut sind, welches die deutschen Katholiken der Jungfrau von Lourdes darbringen wollen, haben bei einem berühmten Künstler die Zeichnungen für das Banner bestellt. Auf einer Seite soll die unbefleckte Jungfrau dargestellt werden und zu ihren Füßen der heil. Bonifazius, der Apostel der Deutschen, sowie die heil. Elisabeth, Landgräfin von Thüringen. Die „katholische Kirche Deutschlands" konnte nicht besser wählen. Der heil. Bonifacius und die heil. Elisabeth sind in der That zwei der schönsten Gestalten der Vergangenheit in Deutschland. Die Wahl ist zu gleicher Zeit eine delikate Aufmerkamkeit gegen die meisten souveränen Häuser des Landes. Die Häuser von Sachsen, Hessen, Baiern-Wittelsbach und Oesterreich sind alle verwandt oder verschwägert mit derjenigen, deren Bild den künftigen Geschlechtern in Lourdes zeigen wird, daß die deutschen Katholiken ihren alten Glauben inmitten des Unglücks und der Bedrängnisse ihrer Kirche in Deutschland nicht verloren haben. Man sammelt aller Orten Subskriptionsbeiträge, um die Reisekosten für die Deputation zu bestreiten, die aus Personen jeden Ranges zusammengesetzt werden soll. Man wird darin die große Dame neben der demüthigen Arbeiterin, den Ritter von berühmtem Namen neben dem armen schles. Weber sehen. Das ganze katholische Deutschland wird in Lourdes vertreten sein. Eine in Gold auf das Banner gestickte Widmungsinschrift soll anzeigen, daß die Stifter sich und ihr Land dem Sacré-Coeur widmen, und daß ihr Geschenk das Emblem einer Sühne ist."

Aus **Newyork** ist kürzlich eine Nachricht eingelaufen, welche in finanziellen Kreisen großes Aufsehen gemacht hat. Dieselbe meldete nämlich auf Grund einer Mittheilung der „Republik" (bekanntlich Organ des Präsidenten Grant), daß die Regierung der Vereinigten Staaten keine ferneren Schritte zur Wiederaufnahme der Metallzahlungen

thun würde, „da der Präsident sich überzeugt habe, daß sein gegen das Gesetz zur Vermehrung des Papierumlaufes ausgesprochenes Veto ein Fehler gewesen sei. Präsident Grant hat sich auch gegen das Gesetz über bürgerliche Rechte erklärt, und legt das Ergebniß der Wahlen als eine Zurechtweisung der Partei, nicht seiner selbst aus. Er bereitet sich offenbar darauf vor, als Kandidat der südländischen Konservativen mit dem Programm eines starken Papierumlaufes aufzutreten." Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so wäre sie allerdings von größter Wichtigkeit, namentlich für Gläubiger der Vereinigten Staaten. Glücklicherweise ist vielmehr Grund zu der Annahme vorhanden, daß sie auf einem Irrthum beruhe. Unter den in Berlin domizilirten Amerikanern findet sie beispielsweise keinen Glauben. Dortige Geschäftshäuser haben um Bestätigung oder Dementirung nach Newyork telegraphirt, und so dürften nächstens weitere Nachrichten vorliegen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. November.

— Unter den Kandidaten für die erledigte Stelle des Vizepräsidenten bei der hiesigen Regierung wird in hiesigen Kreisen ein höherer Verwaltungsbeamter bezeichnet, welcher bereits seit Jahren hier wirkt. Dies Gerücht findet seine Bestätigung in der Mittheilung einer berliner authographirten Korresp, welche wie folgt schreibt: „Seitens der Staatsregierung beabsichtigt man, eine Persönlichkeit zu wählen, die mit den posener Verhältnissen vertraut ist, um damit den Klagen wegen des fortgesetzten Wechsels in dieser Stelle zu begegnen. Man hat deshalb eine Persönlichkeit ins Auge gefaßt, die in Posen längere Zeit amtlich thätig war." — Ob aber die maßgebenden Stellen für diese Kombination ihre Zustimmung geben werden, hängt noch von den weiteren Erhebungen ab, die eingeleitet worden sind.

— In der polnischen Wählerversammlung, die vorgestern zwecks Berathung über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen stattfand, wurden 19 Kandidaten aufgestellt, deren Namen in Kürze veröffentlicht werden sollen. Ferner wurde beschlossen, während der Wahlen im Hotel de France ein Informationsbureau einzurichten und schließlich stimmte die Versammlung dem Antrage bei, eine Petition um Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten oder Herabsetzung des Wahlcensus an die städtischen Behörden zu richten. Zur Berathung dieser Petition, sowie zur Belehrung der Wähler über die ihnen zustehenden Rechte, über die Kommunalverwaltung u. s. w. findet am 22. d. noch eine zweite Wählerversammlung statt.

— Wie zu erwarten stand, erklärt der „Kuryer Poznanski" alle in der letzten Zeit vom „Wiarus" gemachten Mittheilungen in Betreff des kirchenpolitischen Kampfes für unwahr und behauptet unter Anderem, daß der im „Wiarus" abgedruckte Brief eines katholischen Priesters aus Westpreußen, in welchem die Gemeinde zur Wahl ihrer Seelsorger aufgefordert wurde, unmöglich von einem Priester herrühren könne. Auf diese letzte Bemerkung replizirt der „Wiarus" wie folgt: „Wir bedauern, da uns die Rachsucht der Ultramontanen bekannt ist, das Visir unserer Korrespondenten nicht lüften zu können. Es ist aber ein Faktum, daß jene Korrespondenz von einem Geistlichen der dortigen Diözese stammt, welcher uns, wie wir hoffen, noch manche interessante Einzelheiten melden wird, da er sehr gut unterrichtet ist."

— Der Vikar Goczkowski an der hiesigen Domkirche ist gestern verhaftet und zur Abbüßung einer dreiwöchentlichen, wegen Uebertretung der Maigesetze verwirkten Strafe in das hiesige Kriminalgefängniß abgeführt worden.

— Wegen Beleidigung der preußischen Armee, des Fürsten Bismarck, des Oberpräsidenten von Posen und der thorner Polizei wurde gestern der stellvertretende Redakteur und Verleger der „Gazeta Toruńska", Hr. Buszczynski, von dem Kreisgericht in Thorn zu 8 Wochen Gefängniß verurtheilt.

— Anläßlich der Verhaftung der Herren v. Niegolewski und Graf Mielżynski wegen verweigerter Herausgabe von Kirchensachen stellten bekanntlich die polnischen Blätter an die polnischen Reichstagsabgeordneten das Ansinnen, dieserhalb die Reichsregierung zu interpelliren. Ein berliner Korrespondent der „Gazeta Toruńska" meldet nun, daß die polnischen Abgeordneten eine solche Interpellation jetzt nicht einbringen werden, da die Angelegenheit nicht vor das Forum des Reichstages, sondern des Landtages gehöre. Zu dieser Interpellation wurde bereits fleißig Material gesammelt.

— **Auszeichnung.** Der polnische Schriftsteller J. J. Kraszewski hat, polnischen Blättern zufolge, das Kommandeurkreuz des Ordens der italienischen Krone erhalten, welches ihm dieser Tage mit einem sehr schmeichelhaften Handschreiben des italienischen Unterrichtsministers übersandt wurde. Ferner hat die Königin-Wittwe von Schweden, welcher Hr. Kraszewski seine Broschüre über den Kongreß in Stockholm übersandte, von der hohen Frau ein Dankschreiben und eine Medaille mit ihrem Bildniß erhalten. In der Broschüre wird der Wohlthaten gedacht, welche die Königin-Wittwe der polnischen Emigration in Schweden erwiesen hat.

↗ **Diebstähle.** In der Nacht vom 16.—17. d. M wurden aus verschlossener Stube auf der Wilhelmsstraße mittelst Nachschlüssels ein Operngucker und zwei Zigarrenetuis im Werthe von 6 Thlr. gestohlen. — Einem Handelsmanne auf der Gr. Gerberstraße wurden aus dem Geschäftslokal durch einen jungen Arbeiter gestern Abends 4 Pfund Butter und zwei Brode entwendet. Der Dieb ergriff darauf die Flucht, und wurde, nachdem er Brod und Butter in der Büttelstraße weggeworfen, verhaftet. — Aus unverschlossener Küche einer Wohnung auf der Gr. Gerberstraße wurde gestern Abend eine kleine Wanne mit einer Partie Wäsche, gezeichnet A. W., E. W., E. M., gestohlen. — Im Zirkus Krembser wurde gestern ein Anzug von „August" durch zwei Jungens gestohlen. Die kleinen Diebe sind ermittelt, und der Anzug zum größten Theil herbeigeschafft worden.

d— **Koschmin,** 15. November. [Veteranenpensionsverhältnisse Unterhaltung der Standesämter. Wintersaateule. Treibjagd.] Als der Veteran aus den Freiheitskämpfen von 1813/15 Darmstadt in Posen sein 50jähriges Ehejubiläum feierte, wurde an dieser Stelle auf den würdigen Kämpfer mit dem Hinzufügen aufmerksam gemacht, daß Zuwendungen für den Jubilar nicht allein der festlichen Veranlassung wegen, sondern auch deshalb erwünscht wären, weil das würdige Ehepaar in dürftigen Verhältnissen lebe. Wäre es nicht möglich, daß diesen wenigen noch lebenden Helden, am Rande des Grabes stehenden, wohl sämmtlich erwerbsunfähigen Greisen, welche in der großen Zeit der Freiheitskämpfe mitgefochten haben, ihr Lebensabend durch Erhöhung der im Allgemeinen immer noch niedrigen Pension — durch das Ableben der einzelnen Veteranen erhöht sich nämlich die Pension der übrigen — mit Rücksicht auf die enorme Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse während der letzten Jahre, oder durch sonst eine fortlaufende Unterstützung, welche die Differenz zwischen der Pension und den Kosten des Lebensunterhalts ausgliche — erleichtert werden könnte? Das Einkommen aller Staatsdiener ist in den letzten Jahren bedeutend verbessert, den Pensionären ist die Noth der Nahrungssorgen durch erhöhte Unterstützungen erleichtert; nur für diese Männer — in Koschmin leben noch zwei mit monatlich 10 und resp. 7 Thlr. Pension — welche wir selbst noch nach dem letzten Riesenkampfe mit unserem Erbfeinde mit Verehrung betrachten, und welche in ihrer Bescheidenheit lieber Noth leiden als petitioniren, nur für diese Männer hat bisher Niemand gesprochen, obwohl es gewiß nur der Anregung bedarf, um hier die nöthige Hilfe zu bringen — Der Landrath zu Krotoschin publizirt eine Entscheidung der königlichen Regierung zu Posen in Betreff der Standesämter, welche auch für das größere Publikum von Interesse sein dürfte. Darnach werden nur die Register und Formulare zu allen Registerauszügen vom Staate frei geliefert. Alle übrigen Kosten, als die für Miethe und Einrichtung des Geschäftslokals — und diese soll der Bedeutung der Handlung auch würdig entsprechen — der Anschaffung und Erhaltung des sonstigen Inventars gehören zu den sächlichen Kosten, welche von den Gemeinden (d. h. welche den Standes-Amtsbezirk bilden) zu tragen sind. — Auch in unserer Gegend hat sich eine Raupe — Wintersaateule — wahrscheinlich hervorgerufen, resp. begünstigt durch die anhaltende Dürre und Wärme, auf den Weizensaatfeldern gezeigt; jedoch nicht gerade sehr bedeutende Verheerungen angerichtet, so daß man hofft, die Saaten werden sich im Frühjahre wieder erholen. Durch die kalten Nebel der letzten Tage und den jetzt eingetretenen Frost ist sie vernichtet. — Vorige Woche wurde auf einem benachbarten Dominium die erste Treibjagd in unserer Gegend abgehalten. Auf einem Territorium von ungefähr 2000 Morgen wurden von einigen dreißig Schützen — darunter mehrere Schlesier, da der Besitzer ein Schlesier ist — 108 Hasen geschossen. Ein Liegnitzer Kaufmann hat dieselben für den nicht niedrigen Preis von 20 Sgr. pro Stück erworben.

§ **Rawitsch,** 18. November. [Eröffnung des Schullehrer-Seminars]. Wer am Montag früh zwischen 7 und 8 Uhr die Menge der jungen Männer vom Bahnhofe nach unserer Stadt, theils per Droschke, theils zu Fuß, eilen sah, der mußte glauben, daß es sich hier um eine Einstellung in den Militärdienst handele. In der That hatten auch die qu. Jünglinge Einberufungsordre — von ihrem Direktor erhalten. Am erwähnten Tage nämlich wurde um 9 Uhr nach einer in der katholischen Kirche vorangegangenen Andacht das von Posen hierher verlegte Schullehrer-Seminar eröffnet. Nach abgehaltenem Gottesdienst begaben sich die Zöglinge in die Schulräume, in welchen sie mit dem Lektionsplane und den Disziplinargesetzen der Unterrichtsanstalt vertraut gemacht wurden. Am folgenden Tage fand von Seiten des Seminardirektors die Aufnahme der Schüler und Schülerinnen in die Seminar-Uebungsschule statt, welche hierzu von ihren Angehörigen bei dem Magistrat angemeldet worden waren. Der Andrang war so groß, daß vorläufig nur 80 Schüler, 60 deutsche und 20 polnische, berücksichtigt werden konnten. Von der Aufnahme wurden die jüdischen Kinder ausgeschlossen, deren Eltern sich deshalb an das Provinzial-Schulkollegium wenden wollen. Zu Ehren des Seminar-Lehrer-Kollegiums ist gestern im Hotel zum grünen Baum auf Kosten der Stadt ein Abendbrod veranstaltet worden, zu dem der evangelische und katholische Ortsgeistliche Einladung erhalten hatten. Heute hat der Unterricht sowohl im Seminar, als auch in der mit diesem in Verbindung stehenden Uebungsschule begonnen.

XX **Gnesen,** 18. Nov. [Schlachtsteuer.] Soeben erfahren wir daß die Genehmigung der Ressortministerien zur Forterhebung der Schlachtsteuer in Gnesen als Kommunalsteuer unter den von den städtischen Behörden vorgeschlagenen Modalitäten, ergangen ist. — Es ist aber auch der fernere Beschluß der städtischen Behörden genehmigt worden, nach welchem neben dieser Steuer eine Wildpret- und Geflügel-Steuer vom 1. Januar k. J. eingeführt und erhoben werden soll. Diese Genehmigungen haben eine allgemeine Freude hervorgerufen, selbst unter den betheiligten Gewerbetreibenden, weil im anderen Falle die Kommunalbeiträge kaum zu erschwingen gewesen wären

X. **Inowraclaw,** 15. November. [Lehrergehälter. Stadtverordneten-Beschlüsse. Dienstmanns-Institut.] Vor einiger Zeit richteten die hiesigen städtischen Lehrer eine Petition an die städtischen Behörden um Aufbesserung ihrer Gehälter und Aufstellung einer Gehalts-Skala. Die in Folge dieser Petition vom Magistrat gefaßten Beschlüsse erhielten in der letzten Stadtverordneten-Versammlung, am 12. d. Mts., die Bestätigung und es tritt für die Lehrer von Neujahr 1875 ab folgender Besoldungsmodus in Kraft. Das Minimalgehalt beträgt 300 Thlr. und wächst durch Quinquenalzulagen von 40 Thlr. bis zu 500 Thlr. Außerdem werden den Lehrern freie Wohnungen resp. Wohnungsmiethsentschädigungen gewährt, die, mit dem Satz von 40 Thlr. beginnend, von 5 zu 5 Jahren um 12 Thlr. bis zur Höhe von 100 Thlr. steigen. — In derselben Versammlung der Stadtverordneten wurde ferner der Vertrag mit dem Civilingenieur Dr. Müller über die Vorarbeiten zu einer Wasserleitung genehmigt und der § 1 des Vertrages dahin formulirt, daß die Aufsuchung einer möglichst nahe bei der Stadt liegenden Bezugsquelle, welche ein nach Quantität und Qualität befriedigendes Wasser mit Zuverlässigkeit liefert, anzustreben sei. — Bezüglich der von der kgl. Regierung in Bromberg angeordneten Veränderung der Schreibweise des Ortsnamens (Inowrazlaw statt Inowraclaw) beschließt die Versammlung, den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, ob die Regierung berechtigt sei, eine Veränderung des Ortsnamens vorzuschreiben. Die Versammlung geht über die Petition des Bürgervereins, betreffend die Absendung einer Deputation nach Berlin zwecks Erlangung eines zu Kommunalzwecken erforderlichen Darlehns von 200,000 Thlr. zur Tagesordnung über und genehmigt ferner die Ueberlassung eines städtischen Grundstücks behufs Anlage der Gasanstalt an Dr. Müller für den Preis von 800 Thlr. — In unserer Stadt soll demnächst auch ein Dienstmanns-Institut errichtet werden.

k. **Schneidemühl,** 17. November. [Zum Kirchenstreite.] Daß die geheime Diözesanbehörde sich so viel wie möglich hütet, die Geistlichen mit den Staatsgesetzen in Konflikt zu bringen, beweist der Umstand, daß der ehemalige Vikar Pyszka, welcher schon seit Juli d. J. seine Stellung an der hiesigen Kirche aufgegeben, bis heutigen Tages noch keinen Nachfolger erhalten hat. Als Pyszka nach Schneidemühl kam, war sein Nachfolger kaum einige Tage fort und jetzt muß der hiesige Probst, ein alter Herr, der zu Zeiten zwei Vikare zur Aushülfe hatte, schon seit Monaten die ganze Arbeit selbst bewältigen. Da der Religionsunterricht im Gymnasium und in der städtischen höheren Töchterschule immer durch den Vikar ertheilt wurde, so sind seit Pyszka's Abgange die katholischen Schüler resp. Schülerinnen der genannten Anstalten bis auf den heutigen Tag ohne Religionsunterricht. Anerkennenswerth ist es, daß Herr Probst Stock trotz seiner vielen Arbeit auf eine Anfrage des Magistrats sich bereit erklärt hat, bis auf Weiteres den Religionsunterricht in der Töchterschule zu ertheilen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Taschenkalender für Offiziere** mit militärstatistischen Notizen, bearbeitet von H. Reinhard, Oberst-Lieutenant a. D., und A. Freiherrn von Fircks, Hauptmann a. D. 1875. 2. Jahrgang. Berlin. Verlag von F. Schneider u. Co. Dieser Kalender hat seit dem zweiten Jahrgang seines Erscheinens vielfache Erweiterungen und Verbesserungen erfahren und dürfte dadurch in den Offizier- und Militärkreisen, für welche er zunächst bestimmt ist, einer um so viel weiteren Verbreitung versichert sein können. Seine Allgemeinbedeutung auch für das große Publikum erhält derselbe jedoch durch die ihm als einen besonderen zweiten Theil beigefügten militärstatistischen Notizen, die in der Erweiterung, welche auch sie, und hervorragend gerade sie, im Vergleich zum Vorjahre erfahren haben, in Hinsicht der Nachweise über die Spezialverhältnisse des deutschen und preußischen Heeres, wie aller auswärtigen Armeen das Genaueste und Beste bieten dürften, was bei einem gleich beschränkten Umfange nur irgend geboten zu werden vermag. Vielleicht möchte in den nicht militärischen statistischen Notizen, betr. die allgemeinen Angaben über das deutsche Reich und den preußischen Staat, hierin sogar fast des Guten zu viel geboten sein. Trefflich hingegen sind die Ausführungen über das deutsche und preußische Heer, welche allein 27 Tabellen und Abschnitte umfassen. Nicht minder gilt dies von den Allgemeinen Notizen über auswärtige Staaten und europäische Armeen. Ganz besonders dankenswerth aber erscheinen die Mittheilungen über außereuropäische Armeen, über welche sich bisher ja fast noch nirgend etwas Aehnliches und vollends gar in einer so umfassenden Zusammenstellung vorhanden befand. Auch den Kriegsmarinen ist daneben noch eine wesentlich ausgedehntere Berücksichtigung als in dem ersterschienenen Jahrgang zu Theil geworden. Wenn eine Ausstellung zu machen sein sollte, so würde das vielleicht die Anführung der geographischen und Flächenmaße nach Hektaren sein, welche Bezeichnung sich doch noch viel zu wenig selbst in den gebildeten Klassen eingebürgert ausweisen dürfte, um als geeignet übersichtlich und verständlich erachtet werden zu können. Ebenso möchte auch das Zusammensetzen beider Theile zu einem Lande für die spätere Aufbewahrung einen wesentlichen Vortheil bieten. Jedenfalls kann jedoch dieser Kalender, sowohl an sich, wie noch ganz besonders dessen zweiter statistischer Theil aufs Angelegentlichste Allen denen als ein Nachschlagewerk ersten Ranges empfohlen werden, welche überhaupt für Militär- und Marinewesen ein Interesse besitzen.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Preußische Bank.** Wochen-Uebersicht vom 14. Novbr. 1874.

Aktiva.				
1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr.	207,940,000	—	1,230,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	=	3,549,000	+	451,000
3. Wechsel-Bestände	=	134,413,000	—	82,000
4. Lombard-Bestände	=	19,340,000	—	785,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	=	5,414,000	—	269,000
Passiva.				
6. Banknoten in Umlauf	Thlr.	281,035,000	+	5,245,000
7. Depositen-Kapitalien	=	33,463,000	+	35,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	=	23,419,000	—	7,206,000

Die Ziffern dieser Wochenübersicht sprechen nichts Tröstliches. Ein Rückgang der Kreditansprüche um gegen eine Million — die Lombardbestände sind um 785 000 Thlr. gesunken, auch das Portefeuille ist geschwächt und das Depositenkonto gestiegen — illustrirt düster genug den stockenden Verkehr. Aber auch der formelle Abschluß von circa 7¼ Millionen Regierungsgelder aus der Bank. Zur Deckung dieser Summe konnten die Rück- und Einzahlungen des Publikums nur einen geringen Theil beitragen: der Baarschatz mußte mit ca. 1¼ Million in Anspruch genommen, die Masse der circulirenden Noten um 5¼ Millionen vermehrt und außerdem noch ¼ Million Staatspapiere veräußert werden. Die Minderung des Staatsguthabens kann dieses Mal nicht, wie in früheren Ausweisen, zumeist auf Münzprägungen zurückgeführt werden, da der Metallschatz, ja, wie ersichtlich, nur zu einem Sechstel des Betrages der ausgezahlten Regierungsgelder geschwächt worden.

** **Allgemeine Deutsche Kreditanstalt in Leipzig.** Der vorliegende Geschäftsbericht per 30. September schließt mit einem Gewinn von 857,737 Thlr. 17 Sgr. 2 Pf. ab, welcher Betrag dem Aktienkapitale gegenüber eine Dividende von reichlich 8½ Prozent auf 9 Monate entsprechen würde. Der Ausweis für die gleiche Periode im Vorjahre ergab einen Gewinnüberschuß von 701,653 Thlr., also ca. 7 Prozent; es wurden daher im laufenden Geschäftsjahre ca. 1½ Prozent mehr erzielt. Die Zinsen und Provisionen für das dritte Quartal sind in diesem Ergebniß nicht mit enthalten; dieselben werden nur halbjährlich berechnet.

** **Russischer gegenseitiger Boden-Kredit-Verein.** Die letzte Bilanz schließt mit 107,708,292 Rbl. ab. Unter den Aktiven figuriren außer mehreren unbedeutenderen Posten hauptsächlich: Darlehne 90,084,729 Rbl., Deposita 1,296,800 Rbl., Komtoir- und Bezirks-Abtheilungen 833,505 Rbl., Laufende Rechnungen 1 676,021 Rbl., Effekten 10 586,622 Rbl., Diskontirte Wechsel 1,728 169 Rbl., Emissions-Konto 787,481 Rbl. — Die Passiva bestehen aus folgenden Posten: Hülfskapital 5,993,951 Rbl., Vereins Kapital 4,864 828 Rbl., Reserve-Kapital 219,746 Rbl., Gewinn-Reserve früherer Jahre 344,712 Rbl., Pfandbriefe 79,781,800 Rbl., Titrirte Pfandbriefe 478,537 Rbl., fällige Koupons 2,312,925 Rbl., Depositäre 1,299 800 Rbl., Acceptirte Wechsel 8,278,134 Rbl., Kontrahenten 1,955,247 Rbl., Diverse 572,677 Rbl., Verlust- und Gewinn-Conto, Ueberschuß pro 1873/74 1,578,930 Rbl. — Ferner ist in Sachen dieses Instituts zu melden, daß demnächst eine neue Serie (die neunte also) fünfprozentiger Pfandbriefe zur Emission gelangt. Diese Serie im Betrage von 10 000 000 Rbln. wird laut Prospekt am 17. und 18. d. M. (in Berlin bei S. Bleichröder) zur Subskription aufgelegt und zwar ist der Subskriptionspreis für Berlin auf 89 pCt. festgesetzt, d. h. derselbe stellt sich in Folge der Umrechnung von 107½ und Vergütung von 12 Tagen Zinsen auf ca. 88½ pCt nach dortiger Usance.

Vermischtes.

* **Ein Eisenbahnzug beraubt.** Aus Newyork wird unterm 14. d. telegraphirt: „Ein frecher Raub wurde auf der Linie der Great Western-Bahn, in der Nähe von Toronto, verübt. Fünf Individuen drangen in einen Waggon des Eilzuges, sie knebelten die Beamten, raubten 150,000 Dollars und ergriffen hierauf die Flucht."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 18. Novbr. Der Reichstag beschloß nach sechsstündiger Debatte mit 158 gegen 127 Stimmen die Ueberweisung des Bankgesetzentwurfs an die Kommission. Im Verlaufe der Debatte hatte Camphausen die Besorgnisse wegen der im Entwurf vorgeschlagenen Notensteuer als unbegründet bezeichnet und hervorgehoben, der Entwurf solle die großen Vortheile der englischen Peelakte für Deutschland sichern, dasselbe jedoch vor deren Schattenseite bewahren. Einem Bankgesetz auf Grund der unmodifizirten Peelakte würde er niemals zustimmen. Die bezüglichen Vorschläge des vorliegenden Entwurfes würden auf das gesammte Bankwesen Europa's reformirend einwirken. Vor der Abstimmung entstand eine zweistündige Geschäftsordnungs-Debatte darüber, ob der Antrag Lasker auf motivirte Ueberweisung des Bankgesetzentwurfes an die Kommission zulässig oder nach Antrag Windthorst's abzuweisen sei. Diese Frage wird mit 148 gegen 138 Stimmen verneint. Forckenbeck erklärt hierauf, daß er in Folge dieses Beschlusses das Präsidium niederlege. (Große Sensation.) Morgen findet die Neuwahl des Präsidenten statt.

Berlin, 18. Novbr. Bei der heute in 14 Bezirken stattgehabten Stadtverordnetenwahl wurden 6 Mitglieder der sogenannten Bergpartei gewählt. Vier Stadtverordnete wurden wiedergewählt, darunter ein Angehöriger der Bergpartei.

(Beilage.)

Bekanntmachung.

Die früher zu den Grundstücken Ober-Wilda Nr. 22A. und 24 gehörig gewesenen Parzellen, im Flächeninhalte von ungefähr:
44 Aren 20 □Meter u.
1 Hektar 72 Aren 80 □Meter
sollen als Ackerland vom 1. Januar 1875 ab auf 6 Jahre an den Meistbietenden verpachtet werden.

Zu diesem Zwecke steht Termin am

23. November cr,
Vormittags 10 Uhr

im Magistratssaale an und werden Bietungslustige hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Bedingungen während der Dienststunden in unserem Bureau IV. eingesehen werden können.

Posen den 14. November 1874.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Küchen- und Lagerstrohabfälle der städtischen Armen-Anstalten sollen für das Jahr

1875

an den Meistbietenden im Wege der Submission überlassen werden. Bietungslustige werden ersucht, ihre schriftlichen versiegelten, mit entsprechender Aufschrift versehenen Offerten, spätestens bis zum

23. November c.
Vormittags 11 Uhr

zu welcher Zeit die Eröffnung erfolgt, in unserem Armen-Bureau auf dem Rathhause, wo auch die Bedingungen eingesehen werden können, bei dem Büreau-Vorsteher Herrn Stenzel niederzulegen.

Posen, den 16. November 1874.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

An der hiesigen christlichen Simultan-Schule wird die zweite evangelische Lehrerstelle mit einem Gehalte von 235 Thlr., einer Miethsentschädigung von 20 Thlr. und einer Entschädigung für den zur Hälfte zu übernehmenden Turnunterricht von 12 Thlr. zum 1. Januar k. J. vacant.

Bewerber auf diese Stelle wollen ihre Zeugnisse bis spätestens den 1. Dezember c. bei uns einreichen.

Fordon, den 14. November 1874.

Der Magistrat.
gez. **Mylo.**

Subhastations-Patent
als Vorladung.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Ortschaft **Biechowo geistlich** sub **Nr. 8** belegene, im Grundbuche von Biechowo geistlich Band 13 Blatt 593 sequ., und das in der Ortschaft **Lipie** sub **Nr. 13** belegene, im Grundbuche von Lipie Band 7 Blatt 753 sequ. auf den Namen des Wladislaus Kobowski eingetragene Grundstück, von denen ersteres mit einem Flächeninhalte von 57 Hektaren 38 Aren 40 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von $171_{,30}$ Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 30 Thlr., letzteres mit einem Flächen-Inhalte von 17 Hektaren 35 Aren 70 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von $58_{,38}$ Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 20 Thlr. veranlagt ist, sollen im Wege der **nothwendigen Subhastation**

am 4. Januar 1875,
Vormittags 11 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Gerichts versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigten Abschriften des Grundbuchblattes und alle sonstigen die Grundstücke betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten Kreisgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche nicht ins Grundbuch eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf die oben bezeichneten Grundstücke geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 8. Januar 1875,
Vormittags 10 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Wreschen, den 6. October 1874.

Königliches Kreisgericht I.
Der Subhastationsrichter.

Bekanntmachung.

Die Chausseegeld-Erhebung bei der Hebestelle **Sandkrug** auf der Neustadt a. W.-Pleschener Provinzial-Chaussee soll im Auftrage der königl. Regierung zu Posen

vom 1. April k. J. ab

auf 1 Jahr unter der Bedingung an den Meistbietenden verpachtet werden, daß, wenn nicht drei Monate vor Ablauf der Pachtzeit von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Zu diesem Zwecke habe ich auf

Dienstag,
den 5. Januar fut.,
Vormittags von 11—12 Uhr,

in meinem Bureau hierselbst einen Lizitationstermin anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige hiermit einlade.

Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher 100 Thaler baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der hiesigen Kreiskasse deponiren, werden als Bieter zugelassen.

Das tarifmäßige Chausseegeld wird bei Sandkrug für 1 Meile erhoben.

Die Pacht- und Lizitations-Bedingungen können während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden.

Pleschen den 13. Novbr. 1874.

Der Königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der Königlichen Regierung zu Posen, soll die auf der Schrimmer-Czempiner Provinzial-Chaussee belegene Hebestelle **Szoldry**

vom 1. April 1875 ab

auf 1 Jahr unter der Bedingung an den Meistbietenden verpachtet werden, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf der Pachtzeit von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Zu diesem Zwecke habe ich auf:

Montag,
den 14. Dezbr. d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

in meinem Bureau hierselbst einen Lizitations-Termin anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige hiermit einlade.

Nur dispositionsfähige Personen, welche mir als solche bekannt, oder welche ihre Dispositionsfähigkeit gehörig nachzuweisen im Stand sind, und welche vor dem Termine ein Bietungs-Kaution im Betrage von 100 Thalern baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Königl. Kreiskasse hierselbst deponirt haben, werden als Bieter zugelassen.

Die Lizitations-, Pacht- und Kontraktsbedingungen können täglich während der Dienststunden in meinem Bureau eingesehen werden.

Schrimm, den 11. November 1874.

Der Königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Chausseegeld-Erhebung zu Gronsko auf der Pinne-Tirschtiegeler Provinzial-Chaussee habe ich im Auftrage der Königlichen Regierung einen Lizitationstermin auf

Donnerstag,
den 17. Dezember cr.,
Vormittags um 11 Uhr

in meinem Bureau hierselbst anberaumt, zu welchem ich Pachtlustige hiermit einlade.

Die Verpachtung erfolgt unter Vorbehalt der Zuschlagsertheilung durch die Königliche Regierung in Posen vom 1. April k. J. ab auf ein Jahr unter der Bedingung, daß, wenn nicht drei Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahirenden Theile Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Nur dispositionsfähige Personen, welche eine Kaution von 100 Thlrn. baar oder in annehmbaren Papieren, wovon Kautionsscheine ausgeschlossen sind, hinterlegen, werden zum Bieten zugelassen und müssen von Person unbekannte Bieter sich über ihre Person und Dispositionsfähigkeit durch ein Attest ihrer Ortsbehörde legitimiren.

Die Lizitation wird am Terminstage Punkt 12 Uhr Mittags geschlossen und werden von da ab Bieter nicht mehr zugelassen.

Die übrigen Lizitations- und Pachtbedingungen können in meinem Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Neutomischel, 11. November 1874.

Der Königliche Landrath.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der kgl. Regierung zu Posen wird am

18. Dezember c.
Vormittags 11 Uhr

im Bureau des Königlichen Landraths-Amts zu Birnbaum die Chausseegeld-Erhebung der Provinzial-Hebestelle Kaczlin auf der Zirke-Wronker Provinzial-Chaussee an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages auf 1 Jahr vom 1. April 1875 ab zur Pacht gestellt werden unter der Bedingung, daß wenn nicht 3 Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird.

Nur dispositionsfähigen Personen, welche vorher mindestens Einhundert Thaler baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Königlichen Kreiskasse hierselbst zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen werden.

Die Pachtbedingungen können von heute ab im diesseitigen Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Birnbaum, den 14. November 1874.

Königlicher Landrath.
J. V.
von Kalckreuth.

Bekanntmachung

Im Auftrage der Königlichen Regierung zu Posen wird am

21. Dezember c.
Vormittag um 11 Uhr

im Bureau des Königlichen Landraths-Amts in Birnbaum die Chausseegeld-Erhebung der Provinzial-Hebestelle Gorzyn auf der Gorzyn-Zirker Provinzial-Chaussee an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages auf 1 Jahr vom 1. April 1875 ab zur Pacht gestellt werden unter der Bedingung, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf des Pachtjahres von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird. Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens Einhundert Thaler baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Königlichen Kreis-Kasse hierselbst zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen werden.

Die Pachtbedingungen können von heute ab im diesseitigen Bureau während der Dienststunden eingesehen werden.

Birnbaum, den 14. November 1874.

Königlicher Landrath
J. V.
von Kalckreuth.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der Königlichen Regierung zu Posen wird am

15. Dezember c.,
Vormittags 11 Uhr.

im Bureau des Königlichen Landraths-Amts zu Birnbaum die Chausseegeld-Erhebung der Provinzial-Hebestelle Rosenthal auf der Meseritz-Schweriner Provinzial-Chaussee an den Meistbietenden mit Vorbehalt des höheren Zuschlages auf 1 Jahr vom 1. April 1875 ab zur Pacht gestellt werden, unter der Bedingung, daß, wenn nicht 3 Monate vor Ablauf des Pachtjahrs von einem der kontrahirenden Theile eine Kündigung erfolgt, das Pachtverhältniß auf ein ferneres Pachtjahr als stillschweigend prolongirt angesehen wird. Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens Einhundert Thaler baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei der Königlichen Kreis-Kasse hierselbst zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen.

Die Pachtbedingungen können von heute ab im diesseitigen Büreau während der Dienststunden eingesehen werden

Birnbaum, d. 12. Novbr 1874

Königl. Landrath.
J. V.
v. Kalckreuth.

Handels-Register.

In unser Firmen-Register ist eingetragen:

bei Nr. 1161 die Firma **Carl Zwenker,** deren Niederlassungsort Posen war, ist erloschen;

unter Nr. 1547 die Firma **B. Sternberg,** Ort der Niederlassung Posen und als deren Inhaberin die Kauffrau Wittwe **Bertha Sternberg** geb. **Deutsch** zu Breslau;

zufolge Verfügung vom heutigen Tage.

Posen, den 14. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Nothwendiger Verkauf

Der in dem Dorfe Lawica belegene, dem **Franz Nawrocki** und dessen Ehefrau **Anna** geb. **Bibrowicz** gehörige Grundstück Eduardsfelde, welches mit einem Flächen-Inhalte von 250 Hektaren 69 Aren 40 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 505 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 101 Thlr. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag,
den 16. Frebruar k. J.
Vormittags 10 Uhr

im Lokale des hiesigen kgl. Kreisgericht, Zimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 6. November 1874.

Königl. Kreis-Gericht.
Der Subhastations-Richter.
gez. **Key**

Bekanntmachung.

Der Kaufmann **M. Lövisohn**'sche Konkurs ist durch rechtskräftig bestätigten Akkord beendigt.

Gnesen, den 16. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung für Schachtmeister.

Am rechten Wartheufer des Dominiums Tworzykowo soll eine zum Theil mit Weidenstrauch bewachsene Sandspitze während des Winters durchstochen werden, um hier dem Warthestrome seinen annähernd graden Lauf wiederzugeben. Es sind ca. 10,000 Kubikmeter Sandboden auszuheben und zu beseitigen.

Zur Ausgabe der Arbeit an einen der Mindestfordernden wird Termin auf

Sonnabend,
den 28. Novbr. d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

im Geschäftszimmer des Unterzeichneten angesetzt, wo die Submissionsbedingungen zur Einsicht Unternehmungslustiger bis zur Terminsstunde ausgelegt sind. Auf Wunsch wird Abschrift der Bedingungen gegen Copialienerstattung übersandt.

Schrimm, den 17. Novbr. 1874.

Der Wasserbauinspektor
Schuster.

Bekanntmachung.

Der Neubau eines massiven Durchlasses auf der Landstraße von Mur. Goslin nach Samter, unmittelbar hinter dem Gute Ocieschin, dessen Kosten ausschließlich der von den Gemeinden zu leistenden Hand- und Spanndienste und des Titels „Insgemein" auf 135 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf. veranschlagt sind, soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Zu diesem Zwecke habe ich einen Termin auf

Dienstag,
den 1. Dezember cr.,
Vormittags 10 Uhr,

in meinem Amtsbureau anberaumt, zu welchem geeignete Bauunternehmer mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der Kostenanschlag und die Bedingungen bei mir, während der Dienststunden, eingesehen werden können.

Obornik, den 16. November 1874.

Königlicher Distrikts-Kommissarius.

Auktion.

Freitag den **20.**, von 9 Uhr ab, werde ich Sapiehaplatz Nr. 6:

verschiedene Möbel, Gold- u. Silbergegenstände, Reise- und Gehpelze, Teppiche, Pelzgarnituren

gegen baare Zahlung versteigern.

Katz, Auktionskommissarius.

Annonce.

An den Färber **Rudolph Salomon** zu **Samter** stehen uns zwei rechtskräftige Forderungen von 28 Thlr. 5 Sgr. und 26 Thlr. 24 Sgr. nebst Zinsen und Kosten zu. Wegen derselben ist die Mobiliar-Exekution gegen den Schuldner fruchtlos vollstreckt worden und der von diesem geleistete Manifestationseid hat kein Vermögensobjekt von Werth ergeben.

Wir bieten nun hiedurch unsere obigen Forderungen zum Kaufe zu entsprechendem Preise aus.

Stettin, im November 1874.

Bornemann & Giese.

Gerichtlicher Ausverkauf im Bazar.

Das zur **Concursmasse von W. Kilinski & Co.** gehörige **Porzellan-, Glas-** und **Galanterie-Waaren-Lager,** eine **reichhaltige Auswahl** der verschiedensten **Wirthschafts- und Luxus-Artikel** enthaltend, soll in dem bisherigen Geschäftslokale ausverkauft werden.

Der Verkauf wird von **Donnerstag den 19. dieses Monats** ab, **werktäglich Vormittags von 9 bis 1 Uhr** stattfinden.

Posen, den 16. November 1874.

Samuel Haenisch,
Verwalter der Masse.

Stadtverordneten-Wahlen.

Zur **Bezirksvorwahl** werden die deutschen Wähler des

I. Wahlbezirks der **3. Abtheilung:**
Alter Markt, Breite-, Wasser-, Büttel-, Kloster-, Schlosser-, Schloßstraße, Schloßberg, Neue-, Franziskanerstraße, Waisengasse, Schuhmacher-, Dominikaner-, Judenstraße, Nassegasse, Krämer-, Marstall-, Teich-, Wronkerstraße und Neuer Markt
auf Donnerstag den 19. d. Mts., Abends 6 Uhr, in den Handelssaal,

II. Wahlbezirks der **3. Abtheilung:**
Breslauer-, Ziegen-, Tauben-, Jesuiten-, Schul-, Thor-, Allerheiligen-, Grün-, Lange-, Schützenstraße, Fischerei, Halbdorf-, Garten-, Neue Gartenstraße, Hohegasse, Schieß-, St. Martin-, Bäcker- und Kl. Ritterstraße
auf Donnerstag den 19. d. Mts., Abends 8 Uhr, in den Handelssaal

eingeladen.

Das deutsche Wahl-Comité.

Borussia,
Hagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit.

Die Mitglieder obiger Gesellschaft werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, der Generalversammlung **am 21. d. Mts.** in **Berlin** beizuwohnen.

A. Tschuschke-Babin.

Eine renommirte Toiletteseifen-Fabrik und Mineralwasser-Anstalt, erstere seit 12 J. bestehend, lt. Bücher-Ausweis sehr rentabel, sind zum 1. Jan. 75 oder auch später unter reellen Bedingungen zu verkaufen. Adressen erbittet **Wilh. Hesse** in Landsberg a. Warthe.

2700 Thlr.
sind auf ein ländliches Grundstück auszuborgen. Hauptbedingungen: erste Hypothek, pünktliche Zahlung der Zinsen. Auskunft ertheilt die Exped. d. Zeitung.

Spezial-Arzt Dr. Meyer, Berlin, heilt Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten in d. kurzesten Frist u. garantirt selbst in den hartnäckigsten Fällen für gründliche Heilung. Sprechst. Leipzigerstr. 91 von 8—1 und 4—7 Uhr. Auswärtige brieflich

---

Syphilis, Geschl.- u. Hautkrankh. Schwächezustände heilt m. sicher. Erfolge auch brieflich
Dr. Holzmann, Kl. Gerberstr. 6.

Damen, die in stiller Zurückgezogenheit ihre Entbindung abwarten wollen, finden liebevolle Aufnahme und Pflege sowie Rath u. Hilfe in diskreten Angelegenheiten bei **Frau Stubbe, Berlin,** Hagelsberger-straße 3. II.

Dienstag
den 24. November,
10 Uhr Vormittags,
wird in der Kurniker Forst auf dem Revier **Zwola** eine Licitation von 180 Stück **Kiefern** stattfinden.

Forstverwaltung.

Rothkleesamen

jüngster Ernte empfiehlt in vorzüglicher Qualität

S. Calvary,
Posen.

Den hochgeehrten Herrschaften empfehle ich mich als tüchtige Kochfrau. Schuhmacherstr. 14 im Keller b. Gutsche.

Unterzeichneter, welcher Jahre lang in größeren Städten als Koch fungirt hat, empfiehlt sich dem geehrten Publikum sowie dem hohen Adel hier, wie auswärts, als ein tüchtiger, in seinem Fache gewandter Mann, namentlich zu Diner's ꝛc. Bestellungen werden entgegengenommen. Posen, St. Adalbert 34.

Kaminiecki, Koch.

Dem geehrten reisenden Publikum besonders den

Theater- und Musiker-Gesellschaften

die ergebene Anzeige, daß ich den hier in der Poststraße vis-a-vis der Apotheke neu entstandenen Gasthof unter der Firma

„Booker's Hôtel"

in welchem außer einem Saal, mehrere bequemliche Räumlichkeiten vorhanden sind, übernommen habe.

Indem ich als mehrjähriger erprobter Gastwirth für gute Getränke und Speisen bei soliden Preisen zu sorgen versichere, ersucht und bittet um zahlreichen Zuspruch.

Rakwitz, im November 1874.

A. Wendt.

Rapskuchen

(frische, schlesische) sind vorräthig.

S. Calvary,
Posen.

800—1000 Centner
gesundes **Heu** sind zu haben bei

H. Bärwald,
Jaraczewo.

Für Gärtner und Gartenbesitzer.

Ich suche größere Quantitäten Epheublätter, Taxus-, Zeder-, Cypressen-Grün, Lorbeerblätter, Orangenblätter, Buchsbaum, Myrthen und anderes feines Grün. Gefäll. Offerten bitte umgehend an Kunstgärtner **J. Crötzig** Brandenburgerstraße Nr. 74 per Berlin franco einzusenden.



Stammschäferei Güttmannsdorf ½ Meile vom Bahnhof Reichenbach i. Schles.

Der Bockverkauf hat am 24. Oktober begonnen Schurgewicht über 4 Ctr.; Preise zeitgemäß. Gesundheit u. Sprungfähigkeit wird garantirt.

von Eichborn.

Spielwerke

von 4 bis 200 Stücke spielend; mit Expression, Mandoline, Trommel, Glockenspiel, Castagnetten, Himmelsstimmen 2c.

Spieldosen

von 2 bis 16 Stücke spielend, Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographiealbums, Schreibzeuge, Handschuhkasten, Briefbeschwerer, Cigarren-Etuis, Tabaks- u. Zündholzdosen, Arbeitstische, Flaschen, Biergläser, Portemonnaies, Stühle 2c., alles mit Musik. Stets das Neueste empfiehlt

J. H. Heller, Bern.

Preiscourante versende franco.

Nur wer direkt bezieht, erhält Heller'sche Werke. — Größtes Lager von Holzschnitzereien.

Der musikalische Nachlaß des verstorbenen Kantor **Bienwald** ist parthieweise billig zu verkaufen.

Eine Maschine zum Mazzebacken nebst allen dazu gehörigen Geräthschaften, wenig gebraucht und im besten Zustande, ist preismäßig zu verkaufen in Unruhstadt b. **Abraham Zirker.**

Petroleum-Lampen, Petroleum-Kochmaschinen, Wiener Kaffeemaschinen, Berzelius-Kessel u. Lampen, Solinger Messer aller Art

bei

H. Klug,

Breslauerstraße 38.

Unfehlbares Mittel gegen den Hausschwamm

in alten Gebäuden und Versicherungsmittel gegen den Schwamm bei Neubauten. Näheres auf Franko-Briefe und Einsendung von 10 Silbergroschen (Postmarken) sub W. K. poste rest. Inowraclaw, Regierungsbezirk Bromberg. [R. M.]

Bei Husten,

Heiserkeit, Verschleimung, Katarrhen 2c. giebt es kein bewährteres Linderungsmittel als

Fenchelhonig von L. W. Egers in Breslau,

jede Flasche mit dessen im Glase eingebrannter Firma, Siegel und Facsimile.

Fabrik-Niederlage bei: **Amalie Wuttke** in **Posen**, Wasserstraße 8/9, **S. G. Schubert** in Lissa, **L. Leder** in Lobsens, **M. Hasse** in Schmiegel, **Rudolph Kietzmann** in Gnesen.

Fische! Leb. Hechte und Zander Donnerstag Ab. 4 U. bill. b. Kletschoff.

Wild! Wild! Wild!

Einen Lieferanten auf Wild bei regelmäßiger Lieferung suche für mein **Delikatessen-Geschäft.**

G. Michaelis,

Berlin, Adalbertstr. 28.

Magd. Weinsauerkohl, Pflaumen franz. und türk., **bestes Pflaumenmus** empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Apfelwein, erste Qualität einzeln 3½ Sgr., 10 Fl. 1 Thlr., in Fässern à Liter 4 Sgr. excl. **Apfelwein,** zweite Qualität, einzeln 3 Sgr., 12 Fl. 1 Thlr., pro Liter 3 Sgr., excl. Flasche u. Gebinde, empfiehlt Berlin, **J. W. Wolf's** Weinhandl., Grüner Weg 89.

Posen, den 19. November 1874.

Nach § 18 unseres Statuts scheiden durch Loos aus:

a. **vom Vorstande der außerordentlichen Mitglieder:** die Herren S. Kuttner und M. Scherek;

b. **vom Vorstande der ordentlichen Mitglieder:** Herr Levy Jacob;

c. **von dem stellvertretenden Vorstande der außerordentlichen Mitglieder:** Herr Israel Friedländer;

d. **von dem stellvertretenden Vorstande der ordentlichen Mitglieder:** Herr Ehrenwerth,

und ist, an Stelle des verstorbenen Herrn S. M. Payser, die Neuwahl eines stellvertretenden, außerordentlichen Vorstandsmitgliedes erforderlich.

Die Ausgelooften sind wieder wählbar.

Zur **Neuwahl** haben wir einen Termin auf den

6. Dezember c., Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr in unserem Sessionslokale Judenstraße Nr. 19

anberaumt.

Die Wählerliste wird am 29., 30. November u. 1. Dezember c. von 9 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 4 Uhr Nachmittags im Sessionslokale offen liegen und sind etwaige Reklamationen beim unterzeichneten Vorstande schriftlich anzubringen.

Der Vorstand

der isr. Kranken-, Verpflegungs- und Beerdigungs-Gesellschaft.

Monogramme



in den geschmackvollsten Dessins werden prompt und preiswerth angefertigt in der



Hofbuchdruckerei W. Decker & Comp.

Beachtenswerth.

Mein Lager von sehr schönen Flaschenbieren, worunter sehr gutes Grätzer, Kobylepoler und diverse Bairische Lagerbiere vorhanden, empfehle hiermit.

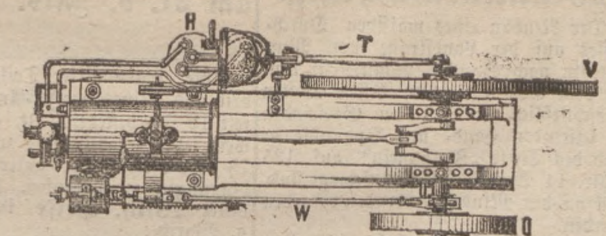
Oskar Mewes.

Billards in großer Auswahl mit den besten Gummi- und Stahlfederbanden empfiehlt zu billigen Preisen mit Garantie.

R. Letzner,

Billardfabrikant zu **Breslau**, Klosterstr. 81.

Betriebskraft.



Als bequeme und practische Betriebsmaschinen empfehlen sich die neuen **Petroleum-Motoren,** Patent **Julius Hock** in Wien, durch vollkommene Gefahrlosigkeit, augenblickliche Inbetriebsetzung, geringes Raumerforderniß, wohlfeilen Betrieb, Entbehrlichkeit jeder Fundamentirung, besonderer Wartung und behördlicher Concession. **Für den** Umfang des deutschen Reiches (Elsaß-Lothringen ausgenommen) acceptirt Ordres und ertheilt Auskunft die **Maschinenbau-Actien-Gesellschaft „Humboldt"**, vormals **Sievers & Co.** in **Kalk** bei Deutz.

Eisen- und Maschinen-Fabriks-Actien-Gesellschaft in Wien, Schottenring Nr. 17.

Die ***Lairitz'schen Waldwoll-Producte*** aus der renommirten Fabrik zu **Remda** in Thüringen und seit Jahren **gegen Rheumatismus und Gicht** tausendfach bewährt, sind für Stadt und Provinz Posen nur allein ächt zu haben bei

Eugen Werner, Wilhelmsstr. 13.

Eisen-Chocolade

nach ärztlicher Vorschrift in Tafeln, Pulver u Pastillenform empfiehlt

C. Boie,

(2110a.) 24 Wilhelmsstraße 24.

Feine Tischbutter,

das Pfd. 14 u. 15 Sgr. empf. soeben **A. Wuttke,** Wasserstr. 8/9.

Bäckerstr. 10, part. ist ein möbl. Zimmer v. 1. Dezbr. ab zu verm.

Ein Logis für 2 Herren ist Schützenstraße Nr. 30 im 2. Stock vom ersten Dezember ab zu vermiethen.

Schützenstraße 28b 2 Treppen ist ein möbl. Zimmer sof. zu verm.

---

2 kl. Wohnungen à 40—72 Thlr. sind sofort zu vermiethen Bäckerstr. 14.

Wasserstr. Nr. 2 per 1. April resp. 1. Januar k. J. ein geräumiges Geschäftslokal mit Schaufenster 2c. zu vermiethen.

Breslauerstraße 9

eine Wohnung von 5 Zimmern in der 1. Etage sofort zu vermiethen.

Gut empfohlene Wirthin, Köchin, Stubenmädchen u. Ammen 2c weist nach **M. Schneider,** St. Martin 64/65.

Soeben erschien und ist in allen Buchhandlungen zu haben, in **Posen** bei

Ernst Rehfeld,

Wilhelmsplatz 1:

Louise Lateau,

die Stigmatisirte von Bois d'Haine, kein Wunder sondern Täuschung.

Die Berichte des Prof. Lefebvre, Prof. Rohling, Paul Majunke's und Anderer in ihrer Haltlosigkeit dargelegt von

Dr. B. Johnen,

Spitalarzt in Düren.

„Nicht die Kinder blos speist man mit Märchen ab." Lessing.

3 Bogen 8°. eleg. broch. Preis 8 Sgr. (80 R.-Pf.)

Köln u. Leipzig 1874.

Verlag von Eduard Heinrich Mayer.

Der Verfasser dieser Schrift, selbst Katholik, widerlegt in derselben vom medizinisch-wissenschaftlichen Gesichtspunkte aus, jedoch in allgemein verständlicher Weise, die bisher über Louise Lateau erschienenen Berichte. Er hat dabei namentlich auch den Zweck in's Auge gefaßt, der katholischen Welt Beruhigung und eine Auffassung zu verschaffen, wie dieselbe gegenüber ähnlichen Bestrebungen dem Geiste und Würde unserer Zeit allein entsprechend ist.

Havanna-Cigarren.

a Mille 18, 20, 22½, 25, 30 und 40 Thlr.

Aechte Cuba-Cigarren, in Original-Bast-Packeten zu 250 Stück. Mille 20 Thlr.

Manilla-Cigarren, a Mille 20 Thlr.

Havanna-Ausschuß-Cigarren, (Original-Kisten 500 Stück), a Mille 12 Thlr.

Varinasblätter-Tabak, a Pfund 18 Sgr.

Rollen Portorico, a Pfd. 8 Sgr.

Im Deutschen Reich Franco Zusendung bei 500 Cigarren oder 10 Pfund Tabak.

Ich garantire, daß meine Preise 33⅓ pCt. billiger sind, wie aus jeder anderen Bezugsquelle.

A. Gonschior,

Breslau, Weidenstr. 22.

Bremer Cigarr.-Fabrik

Versteuertes En gros-Lager für d. Zollverein in Hannover. — Etwas Ausgezeichnetes, preiswerth, in feinen Havanacigarr., unsortirt, 73er Ernte, Orig.-Kist. 250 St., 6½ ₰. Garantie schöner Brand, Geschmack u. Aroma.

Jul. Schmidt, Hoflieferant, HANNOVER

Loose

der

Cölner Dombau-Lotterie

Hauptgewinn:

25,000 Thlr.,

sind à 1 Thlr. in der Exped der Posener Ztg. zu haben.

Eine Wohnung, 3—4 Zimmer nebst Zubehör, wird gleich oder Neujahr gesucht. Offerten mit Preisangabe an die Annoncen-Expedition von G. L. Daube u. Comp., Wasserstr. 28, zu richten.

Ein Katastergehilfe

gut bewandert, sucht sofort Stellung. Näheres bei **A. Philipp** zu Birnbaum.

Eine tüchtige, gut empfohlene

deutsche Wirthin,

die zugleich die feine Küche versteht, sucht gegen hohes Gehalt zu Neujahr 1875 das Dom. **Lubosch** bei Pinne.

Ich suche zu Neujahr einen gut empfohlenen **Kutscher,** der auch aufzuwarten versteht.

Schrimm.

Boehm, Landrath.

Dom. **Hansdorf** bei **Pacosz** sucht zum 1. Januar 75 einen deutschen, unverheiratheten auch der polnischen Sprache mächtigen Beamten als

Zweiten Wirthschafts-Inspektor

zu engagiren.

Gehalt 100 Thlr. p. a.

Meine Wohnung befindet sich jetzt **Wasserstraße 27** und sind eine Auswahl guter Stellungen für **Wirthin, Bonnen** 2c. zu haben.

E. Anders jetzt Nietrzepkowska.

Für eine große **Ringofen-Ziegelei** wird ein gut empfohlener

Ziegelmeister

gesucht, der die Anfertigung von 2,000,000 Thonsteinen in Accord zu übernehmen im Stande ist und der eine Caution von 500—1000 Thlr. stellen kann. Meldungen sind unter der Chiffre **R. Z.** in der Exped. d. Zeitung abzugeben.

Dom. **Brody** p. Neustadt b. P. sucht zum 1. Januar einen gut empfohlenen

Rechnungsführer.

Die Hofbeamtenstelle auf dem **Dom. Turkowo** bei **Buk** ist frei und soll sofort wieder besetzt werden. Gehalt 80—100 Thlr. bei freier Station. Meldungen sind an die Dominial-Verwaltung zu richten.

Ein zweiter Wirthschaftsbeamter findet zum 1. Januar Stellung auf dem **Dom. Rokietnica.** Gehalt 100 Thlr

---

Eine gewandte Wirthschafterin,

welche zu kochen und zu plätten versteht, das Dienstpersonal beaufsichtigt, Alles unter Verschluß hält, überhaupt der Hausfrau zur Stütze dient und etwas polnisch spricht, wird von einer deutschen Familie, 5 Meilen von der Oberschlesischen Grenze auf polnischem Gebiete gesucht. Gef. Offerten sub J. A. 1855 befördert

Rudolf Mosse!

Berlin, S. W. R. M.

Uhrmachergehilfen und **Lehrling** sucht

Emil Hoofer.

Ein **Laufbursche** wird gesucht von

Joseph Jolowicz,

Markt 74.

Ein Expedient, mit dem Holzhandel vertraut, findet sofort Stellung bei

Isid. Witkowski,

Breslau, Berlinerstr. 43.

Ein tüchtiger **Sortirer,** der Cigarrenarbeiter ist, mit guten Attesten, findet bei gutem Lohn dauerndes Engagement in der Cigarrenfabrik von

M. Löwenthal's Söhne, Bromberg.

---

2 Schriftsetzer und 1 Maschinenmeister

finden eine dauernde und angenehme Stelle in der Buchdruckerei von

Ernst Lambeck in Thorn.

Für mein

Tuch- u. Eisenkurzwaaren-Geschäft

suche ich zum 1. Januar 1875 einen in diesem Fache tüchtigen

jungen Mann,

der in Buchführung und Korrespondenz bewandert ist.

Polnische Sprache erwünscht.

Wollstein.

E. Jaekel.

Wirthschafts- und **Forstbeamte, Leib-** und **Hilfsjäger,** herrschaftliche **Diener, Kutscher** und **Gärtner** erhalten gute Stellung durch **Stübenrath,** Breslau, Nicolaistr. 26.

Ein junger Mann, gelernter Eisenhändler, in den Comptoirarbeiten firm, sucht bald. Stellung. Gef. Off. erb. unt. Z. 320. Exped. d. Pos. Ztg.

Ein Oberinspektor,

31 Jahre alt, evangelisch, der nur **größere Güter bewirthschaftet** hat, dem gute Zeugnisse zur Seite stehen, **sucht** eine gleiche oder ähnliche Stelle von **sofort** oder später. Gefällige Adressen beliebe man unter **H. O. Nr. 111 Kl. Czyste** post. rest. abzugeben.

Eine **gesunde Amme,** die bereits 7 Monate stillt, ist zum sofortigen Antritt. Zu erfragen in der Expd. d. Ztg.

Der vom Königl. Haupt-Steueramt zu Posen unterm 24. September 1873 sub Nr. 319 über 2 Kisten Wein Nr. 3494 und 3495 ausgefertigte Niederlegeschein ist mir verloren gegangen, weshalb ich den etwaigen Inhaber qu. Scheins, wenn er daraus Ansprüche zu haben vermeint, hiermit auffordere, sich mit denselben bis spätestens **den 26. November c.** bei dem Haupt-Steueramt zu Posen zu melden, widrigenfalls qu. Schein seine Gültigkeit verliert.

A. Pfitzner.

Theateranzeige.

Freitag den 20. November 1874

findet die erste große

Operetten-Vorstellung

im Abonnement statt.

Die schöne Helena,

Große Operette in 3 Akten von **J. Offenbach.**

Besetzung der Haupt-Rollen:

Helena	Fr. Grönberg.
Paris	Hr. Bernhard.
Calchas	Hr. Badewitz.
Orest	Frl. Hayden.
Agamemnon	Hr. Werner.
Achilles	Hr. Fiedler.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung meiner Tochter **Ida** mit dem Fabrikbesitzer Herrn **Gustav Ismer** aus Sommerfeld erlaube ich mir hiermit ergebenst anzeigen.

Grunwald, prakt. Arzt.

Als Verlobte empfehlen sich:

Ida Grunwald, Gustav Ismer.

Posen. Sommerfeld.

Interims-Theater in Posen.

Auf vielseitigen Wunsch hat sich Herr Helmerding bereit erklärt, noch einmal in „Mein Leopold" aufzutreten.

Donnerstag den 19. November:

Abschieds-Vorstellung des Herrn Carl Helmerding.

Mein Leopold.

Charakterbild mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern von Adolph L'Arronge. Musik von R. Bial.

* Weigelt: Herr Carl Helmerding.

In Vorbereitung:

Mademoiselle Angot. Die Fledermaus. Der verliebte Löwe. Die schöne Helena.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Donnerstag: Dumm — Dümmer am Dümmsten.

Die Direktion.

Circus Krembser.

Donnerstag, den 19. November:

Große Parforce-Vorstellung

mit **40** der vorzüglichsten Piecen.

Anfang 7½ Uhr Abends.

Freitag, den 20. November:

Zum ersten Male:

Salamander, der Feuerkönig.

T. Krembser, Direktor.

Heute **Eisbeine** bei **Reinhold Klambt,** St. Martin 69.

Avis!

Heute **Schweine Pökelzungen** mit Meerrettig sowie täglich frische Bouillon bei **Th. Poseck,** Friedrichsstr. 18.

Heute Abend **Eisbeine,** Berliner Weißbier-Halle. **E. Zobel,** Wallischei Nr. 6

Eisbeine jeden Donnerstag Abends bei **F. Nakowski,** Restaurant der Aktien-Brauerei.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.